



Plenarprotokoll (neu)

138. Sitzung

Montag, 10. Januar 2022

| | | | |
|--|--------------|--|--------------|
| Jörg Nobis [AfD], zur Geschäfts- ordnung..... | 10452 | | |
| Beschluss: Ablehnung der Anträge..... | 10452 | | |
| Dr. Frank Brodehl [fraktionslos].... | 10452 | | |
| Gemeinsame Beratung | | | |
| a) Regierungsklärung zur aktuel- len Lage der Pandemie..... | 10453 | | |
| Drucksache 19/3538 | | | |
| | | b) Feststellung der Anwendbarkeit des § 28 a Absatz 1 bis 6 Infekti- onsschutzgesetz für das Land Schleswig-Holstein gemäß § 28 a Absatz 8 Satz 1 Infektions- schutzgesetz..... | 10453 |
| | | Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3536 (neu) | |
| | | c) Eine Impfpflicht, ob allgemein oder einrichtungsbezogen, ist in der Infektionsbekämpfung der falsche Weg!..... | 10453 |

Antrag des Zusammenschlusses
der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/3537

* * * *

Regierungsbank:

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste
Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge-
sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei-
ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissen-
schaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für
Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleich-
stellung

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie-
wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digita-
lisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft,
Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

- d) Feststellung der Unzumutbar-
keit von Versammlungen zur
Aufstellung von Bewerberinnen
und Bewerbern zur Landtags-
wahl.....** 10453

Antrag der Fraktionen von CDU,
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN, FDP und der Abgeordneten
des SSW
Drucksache 19/3539

- e) Die Omikronvariante entschlos-
sen ausbremsen!.....** 10453

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3540

- f) Der Omikronvariante angemess-
en begegnen.....** 10453

Antrag der Fraktionen von CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP
Drucksache 19/3542 (neu)

Dr. Heiner Garg, Zweiter Stellver-
treter des Ministerpräsidenten... 10453

Tobias Koch [CDU]..... 10458

Serpil Midyatli [SPD]..... 10462

Eka von Kalben [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 10465

Christopher Vogt [FDP]..... 10469

Jette Waldinger-Thiering [SSW].... 10474

Jörg Nobis [AfD]..... 10477

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos].... 10478

Claus Schaffer [AfD]..... 10480

- Beschluss: 1. Ablehnung der Anträge
Drucksachen 19/3537 und 19/3540
2. Annahme der Anträge
Drucksachen 19/3536 (neu) und
19/3542 (neu)
3. Annahme des Antrags
Drucksache 19/3539 mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit..... 10481

Beginn: 15:27 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 55. außerordentliche Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung: Ich freue mich, nach langer Zeit wieder bei Ihnen sein zu dürfen.

(Beifall)

- Danke schön. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, erkrankt sind die Abgeordneten Volker Nielsen, Katrin Fedrowitz, Tobias von Pein, Volker Schnurrbusch und Minister Claussen. Die Abgeordneten Arp, Hamerich, Kilian, Kalinka, Ostmeier, Poersch, Dr. Tietze, Krämer und Harms haben nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtags mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Sondersitzung findet natürlich unter besonders außergewöhnlichen Umständen statt. Die Pandemie zwingt uns dazu, heute zu tagen. Die Tagesordnung weist aus, dass nach der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler die Notwendigkeit dazu gegeben war; nicht nur wegen der Regierungserklärung, die heute Minister Dr. Garg halten wird - der Ministerpräsident, das wissen Sie, befindet sich in Quarantäne -, sondern auch, weil es gilt, wichtige Beschlussfassungen herbeizuführen.

Deswegen möchte ich auch einige einleitende Worte sagen: Schon dadurch, dass wir bei der Einladung Sie alle - die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags - diesmal ins Landeshaus eingeladen haben, wird deutlich, dass es eine außergewöhnliche Situation ist - sonst laden wir nämlich in den Plenarsaal ein. Deswegen ist es notwendig, Ihnen und natürlich auch der Öffentlichkeit zu erklären, dass wir aufgrund der ganz besonderen Situation der neuen Mutation - von der wir auch wissenschaftlich-medizinisch noch nicht ganz genau wissen, wie sie sich letztendlich verbreitet und in welchem Grade sie sozusagen auch in solchen Räumen die Möglichkeit findet, sich zu verbreiten - als gesetzgebendes Organ die Pflicht haben, die größtmögliche Sicherheit herbeizuführen. Deswegen haben wir unsere Plenartagung eben auch entzerrt: Wir tagen in drei Räumen, nämlich hier im Plenarsaal des Schleswig-Holsteinischen Landtags, im Schleswig-Holstein-Saal und im Konferenzsaal.

Ich bin ungeheuer dankbar, dass es gelungen ist, dass die Abgeordneten diese Regelung, die wir miteinander im Ältestenrat gefunden haben, mitmachen. Ich glaube, das Allerwichtigste ist es, sozusagen gleichberechtigt ein funktionsfähiges Parlament zu haben, das gesund mit allen Abgeordneten tagen kann und die Sicherheit eben auch wirklich gewährleistet. Ich glaube, das ist auch ein Bild, das wir nach außen deutlich machen müssen.

Deswegen ganz herzlichen Dank Ihnen allen und ganz besonders auch den Damen und Herren - den lieben Kolleginnen und Kollegen - des Ältestenrats. Wir haben sehr konstruktiv eine Lösung gefunden - das war diesmal wirklich nicht einfach. Ganz herzlichen Dank dafür, dass wir das gemeinschaftlich hinbekommen haben.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Gestatten Sie mir eine weitere Bemerkung: Warum fangen wir so spät an? - Weil das, was wir an Sicherheitsmaßnahmen geplant haben, natürlich auch nicht alles so funktionierte, wie wir uns das theoretisch vorstellten: Wie im wirklichen Leben war es auch hier ungeheuer schwierig, dass die Testergebnisse zum richtigen Zeitpunkt vorlagen. Das bedeutete auch, dass wir bestimmte Variablen einfach noch einmal nachsteuern mussten. Deswegen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die das dann aufgrund der zum Teil neu ausgerichteten räumlichen Zuordnung mitgemacht haben.

Ein besonderer Dank gilt auch den beiden Fraktionsvorsitzenden, Frau Midyatli von der SPD-Fraktion und Herrn Koch von der CDU-Fraktion, die aus Sicherheits- und Notwendigkeitsgründen in einem anderen Raum sitzen und deswegen hier heute ihre Stellvertreter reden lassen. Ich will das extra sagen, weil ich finde, dass das auch noch einmal einen extra Applaus verdient. Das ist längst nicht selbstverständlich. Hier geht es um die Sache und nicht so sehr darum, sich persönlich vorzustellen. Ich finde das eine ganz großartige Geste dieser beiden Fraktionsvorsitzenden. Vielen herzlichen Dank auch dafür.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat - -

(Der Präsident berät sich mit den Schriftführern)

Es gibt eine Meldung?

(Präsident Klaus Schlie)

(Der Präsident berät sich erneut mit den Schriftführern)

Ach so, Pardon! Das habe ich nicht wahrgenommen. - Es gibt eine Meldung aus dem Konferenzsaal, von Herrn Nobis. Pardon, Herr Nobis, das habe ich übersehen. Ich muss mich erst daran gewöhnen, dass wir die Dinge natürlich auch technisch begleiten. Auch dafür herzlichen Dank, dass das so schnell möglich war. - Ich nehme an, Sie wollen etwas zur Geschäftslage und zu meinen Ausführungen sagen. Herr Nobis, Sie haben das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

(Wortbeitrag aus dem Konferenzsaal)

Sehr geehrter Herr Präsident! Bekannterweise ist der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD ja nicht mehr im Ältestenrat vertreten. Deswegen habe ich einen Antrag zur Geschäftsordnung: Bei allem Verständnis für den Infektionsschutz hier im Haus beantrage ich für die AfD, dass die heutige Sitzung ungeteilt im Plenarsaal stattfindet. Wir haben in den vergangenen fast zwei Jahren viele Ausschusssitzungen per Videokonferenz und auch in hybrider Form durchgeführt. Das hat mal besser und mal schlechter funktioniert. In diesen Sitzungen konnten allerdings jeweils keinerlei Beschlüsse gefasst werden. Beschlussfassungen sind aus gutem Grund Präsenzsitzungen vorbehalten. Das gilt für Ausschüsse, und das gilt erst recht für Plenarsitzungen wie heute.

Ich erlaube mir daher festzustellen, dass die heutige Aufteilung der Abgeordneten auf drei Säle und die Verknüpfung ausschließlich über Videotechnik eine Hybridsitzung darstellt. Beschlussfassungen verbieten sich daher in der angedachten Form.

Für den Fall, dass Sie diesem Antrag, die Plenarsitzung ungeteilt im Plenarsaal stattfinden zu lassen, heute nicht zustimmen, beantrage ich hilfsweise, die heutige Sitzung an dieser Stelle zu beenden. - Vielen Dank.

Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank für Ihre Wortmeldung. Es handelt sich nicht um eine Hybridsitzung. Wir haben ins Landeshaus eingeladen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und wir haben alle Möglichkeiten genutzt, damit hier eine ordentliche, nach den formalen Gegebenheiten notwendige Sitzung stattfinden kann.

Ich lasse dann zuerst über den Antrag eins von Herrn Nobis abstimmen, den Geschäftsordnungsan-

trag. Wer dafür ist, dass wir hier ausschließlich im Plenarsaal tagen, den bitte ich um das Handzeichen. Ich bitte die beiden Schriftführer, mich dabei zu unterstützen, wer dafür gestimmt hat. Wer ist dagegen? Gegenstimmen? - Das sind alle anderen Fraktionen und Mitglieder dieses Hauses. Dafür haben gestimmt die Mitglieder des Zusammenschlusses der AfD, und?

(Der Präsident berät sich mit den Schriftführern)

- Und Frau von Sayn-Wittgenstein. Gibt es Enthaltungen? Ich stelle fest: Es gibt keine.

Dann gibt es den ersatzweisen Antrag des Abgeordneten Nobis, die Sitzung sofort abzubrechen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind ebenfalls die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Wer enthält sich? - Keiner. Dann fahren wir fort.

Ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der Ihnen ja bekannten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln.

(Wortmeldung Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] aus dem Konferenzsaal)

Noch einmal zur Geschäftsordnung?

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

(Wortbeitrag aus dem Konferenzsaal)

Sehr geehrter Herr Präsident!

Präsident Klaus Schlie:

Bitte?

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

(Wortbeitrag aus dem Konferenzsaal)

Sehr geehrter Herr Präsident - -

Präsident Klaus Schlie:

Der Kollege Brodehl hat sich enthalten?

(Zuruf: Er ist am Mikro!)

- Er ist am Mikro? Er will auch zur Geschäftslage etwas sagen. Wir werden das einüben, dass das etwas klarer und deutlicher dann auch zur jeweiligen

(Präsident Klaus Schlie)

Situation passt. Es ist aber in Ordnung. Herr Dr. Brodehl, Sie haben das Wort zur Geschäftslage.

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

(Wortbeitrag aus dem Konferenzsaal)

Ich wollte nicht zur Geschäftslage sprechen, sondern zum Abstimmungsverhalten, was nun zweimal nicht geklappt hat. Das ist natürlich sehr misslich, wenn wir es probieren in drei verschiedenen Sälen.

Ich habe beim ersten Mal dafür gestimmt, bei der zweiten Abstimmung habe ich mich enthalten.

Präsident Klaus Schlie:

Ganz herzlichen Dank, dass Sie das noch machen. Wir werden das ab jetzt sehr genau und präzise verfolgen. Bei der ersten Abstimmung also eine weitere Dafür-Stimme von Herrn Dr. Brodehl und bei der zweiten Abstimmung eine Enthaltung von Herrn Dr. Brodehl. Vielen Dank für diesen wichtigen geschäftsleitenden Hinweis, Herr Dr. Brodehl. Das war sehr wichtig, herzlichen Dank!

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 1, 2, 3, 4 und 5 - Regierungserklärung sowie Anträge zur aktuellen Lage der Pandemie. Wir werden schauen, wie wir aufgrund der verzögerten Zeit damit heute klarkommen, aber wir werden ohne Pause bis circa 17:00 Uhr oder 17:30 Uhr tagen. Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1, 2, 3, 4 und 5 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Regierungserklärung zur aktuellen Lage der Pandemie

Drucksache 19/3538

b) Feststellung der Anwendbarkeit des § 28 a Absatz 1 bis 6 Infektionsschutzgesetz für das Land Schleswig-Holstein gemäß § 28 a Absatz 8 Satz 1 Infektionsschutzgesetz

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/3536 (neu)

c) Eine Impfpflicht, ob allgemein oder einrichtungsbezogen, ist in der Infektionsbekämpfung der falsche Weg!

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

Drucksache 19/3537

d) Feststellung der Unzumutbarkeit von Versammlungen zur Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern zur Landtagswahl

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/3539

e) Die Omikronvariante entschlossen ausbremsen!

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 19/3540

f) Der Omikronvariante angemessen begegnen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Drucksache 19/3542 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile dann für die Landesregierung das Wort dem Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Erlauben Sie mir zunächst einmal, Ihnen allen von Herzen ein frohes neues Jahr zu wünschen, viel Glück für Sie und Ihre Familien und vor allem in dieser Zeit Gesundheit!

(Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir alle haben es uns anders gewünscht, und doch: Nach 2020 und 2021 begleitet uns die Pandemie auch im Jahr 2022. Es sind nunmehr 23 Monate. Die Einschränkungen und Belastungen zehren an unser aller Nerven, sie strapazieren die Nerven, unser Miteinander, unsere Gesundheit, sie belasten unsere Wirtschaft, sie gefährden Existenzen, und sie sind eine Belastungs- und Bewährungsprobe für unsere freiheitlich-demokratische Rechtsordnung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bislang sind wir in Schleswig-Holstein vergleichsweise glimpflich durch die Pandemie gekommen. Nun hat sich die Omikronvariante zuerst in den norddeutschen Bundesländern verbreitet, insbesondere in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen. In

(Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten Dr. Heiner Garg)

Schleswig-Holstein ist Omikron mittlerweile die dominierende Variante. Die Omikronvariante ist noch einmal deutlich ansteckender als die Deltavariante. Vor diesem Hintergrund haben wir aktuell ein sehr dynamisches Infektionsgeschehen.

Die Infektionszahlen steigen in einigen Kreisen und kreisfreien Städten sehr schnell an. Wir müssen uns auch in den kommenden Tagen, möglicherweise auch Wochen auf weiter steigende Zahlen einstellen.

Heute liegt die Inzidenz in Schleswig-Holstein bei knapp unter 530, in einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten liegt sie allerdings deutlich darüber. Nach einem leichten Anstieg der Zahl der Covidpatientinnen und -patienten in den Kliniken Anfang Januar 2022 sind die Zahlen derzeit stabil. Die Hospitalisierungsinzidenz beträgt 3,13.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, pardon. - Ich weiß nicht, wessen Handy gerade klingelt; ich bitte, es auszustellen.

Dr. Heiner Garg, Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten:

Derzeit ist die Lage in den Kliniken im Land durch Covidpatientinnen und -patienten vergleichsweise stabil und kann von den Kliniken bewältigt werden.

Wir befinden uns aktuell - wie häufiger in dieser Pandemie - in einer Situation, in der wir Entscheidungen auf Basis eines begrenzten Wissens treffen müssen. Wir wissen, dass die Omikronvariante ansteckender ist als die Deltavariante. Wir wissen, dass sich dadurch innerhalb sehr kurzer Zeit sehr viel mehr Menschen infizieren werden. Verhältnismäßig gesichert sind inzwischen auch die internationalen Erkenntnisse, dass die Inkubationszeit und die Zeit der Infektiosität dieser Variante geringer sind als bei Delta.

Der Expertinnen- und Expertenrat der Bundesregierung hat in seiner zweiten Stellungnahme festgehalten: Erste epidemiologische Analysen aus Großbritannien, Dänemark und den USA deuten auf einen mildereren Krankheitsverlauf bei Infektionen mit der Omikronvariante im Vergleich zur Deltavariante hin. Der Expertinnen- und Expertenrat der Landesregierung teilt diese Analyse. Das macht zumindest ein bisschen Hoffnung.

Dieser grundsätzliche Befund beinhaltet jedoch Unsicherheiten, die wir nicht außer Acht lassen dürfen. Erstens: Das Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung liegt höher als in den genannten Ländern.

Auch bei uns in Schleswig-Holstein sind aktuell vor allem jüngere Menschen betroffen. Die Omikronvariante breitet sich in der älteren Bevölkerungsgruppe erst allmählich aus. Die Krankheits schwere in dieser vulnerableren Gruppe ist noch nicht ausreichend beurteilbar.

Zweitens: Die Impfquote in Deutschland ist im Vergleich zu zahlreichen anderen europäischen Ländern, in denen Omikron inzwischen dominant ist - beispielsweise Frankreich, Spanien oder Portugal -, niedriger. In Schleswig-Holstein liegt die Quote der vollständig immunisierten Bürgerinnen und Bürger bei sehr erfreulichen 76,4 %. Bei unseren nördlichen Nachbarn in Dänemark liegt diese Quote jedoch höher, nämlich bei 79,6 %.

Hinzu kommt, wie es der Expertinnen- und Expertenrat der Bundesregierung formuliert, dass die starke Infektionsdynamik und die damit verbundene hohe Zahl parallel auftretender Erkrankungen drohen, den gegenüber der Deltavariante gegebenen Vorteil der mildereren Krankheitsverläufe quantitativ aufzuwiegen.

Möglicherweise führen die biologischen Eigenschaften der Omikronvariante dazu, dass wir in den kommenden Monaten den Übergang von einer epidemischen Lage in eine endemische Lage erleben werden. Möglicherweise wird ein Leben mit dem Virus dann ohne tiefgreifende Einschränkungen, mit einem aktuellen Impfstatus und möglicherweise noch für eine ganze Weile mit Masken in vielen Alltagssituationen endlich wieder möglich sein. Ich habe die Hoffnung, dass wir diesen Übergang in diesem Jahr vollziehen werden.

Stand heute sind wir aber noch nicht in dieser Situation. In unserer heutigen Situation haben wir als Landesregierung weiterhin die Aufgabe, eine Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Dabei müssen wir nicht mehr nur die Auslastung unserer Krankenhauskapazitäten berücksichtigen, sondern auch die Personalausfälle durch Infektionen und Quarantänen in allen Bereichen unseres Gesundheitswesens, in den Kliniken, in den Arztpraxen, in den Laboren, in den Apotheken, in den Pflegeeinrichtungen, aber auch in allen anderen Bereichen der kritischen Infrastruktur, die unsere Gesellschaft am Laufen halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat während dieser Pandemie - wenn erforderlich - stets schnell und konsequent gehandelt; wir haben unser Vorgehen klar kommuniziert und regelmäßig im Verhältnis strenge Regeln festgelegt. Das hat sich bewährt. Diesen Kurs werden

(Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten Dr. Heiner Garg)

wir fortsetzen. Wir werden uns dabei weiterhin auch auf die Empfehlungen unseres Expertinnen- und Expertenrats stützen.

Wir haben die Corona-Bekämpfungsverordnung deshalb bereits nachgeschärft. Schon am vergangenen Dienstag sind weitere Maßnahmen in Kraft getreten mit dem Ziel, Kontakte und Begegnungen weiter einzuschränken. Wir haben die Teilnehmerszahl bei Veranstaltungen in einem ersten Schritt begrenzt, die Kontaktbeschränkungen für private Zusammenkünfte auch auf den öffentlichen Bereich ausgeweitet, den Schutz besonders vulnerabler Einrichtungen durch die Pflicht zum Tragen einer FF-P2-Maske für Besucherinnen und Besucher erhöht und den Besuch von Diskotheken und ähnlichen Einrichtungen nochmals an sehr, sehr hohe Hürden geknüpft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, richtig ist aber auch: In den vergangenen Tagen haben die Meldungen über Infektionen durch Feiern in Diskotheken über Weihnachten bei vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern für Unverständnis gesorgt. Unmittelbar vor und auch an Weihnachten hatte Schleswig-Holstein die mit Abstand niedrigste Siebentageinzidenz. Die Landesregierung hat die damals offenbar bereits stattgefundenen Ausbreitung der Omikronvariante im Land unterschätzt. Ich finde es richtig, das klipp und klar zu sagen.

Aus heutiger Sicht hätte man die Maßnahmen der Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz, die bis zum 28. Dezember 2021 umgesetzt werden sollten, schon einen Tag vor Weihnachten, also fünf Tage früher, in Kraft treten lassen sollen. Dies hat der Ministerpräsident bereits öffentlich deutlich gemacht und dafür die Verantwortung auf seine Schultern genommen. Natürlich trägt nicht der Ministerpräsident die alleinige Verantwortung für diese Entscheidung, sondern die ist von der gesamten Landesregierung getragen worden. Zur Lagebewertung gehört aber auch, dass die Länder, die die MPK-Beschlüsse bereits früher umgesetzt haben - wie beispielsweise Hamburg -, heute leider auch nicht besser dastehen.

Einige forderten, die Clubs und Diskotheken sofort zu schließen. Bislang gab es für diesen Schritt in Schleswig-Holstein keine Rechtsgrundlage. Eine Schließung lässt das Infektionsschutzgesetz ohne die Feststellung einer epidemischen Lage auf Landesebene nicht zu. In unserer vergleichsweise guten Situation erschien uns allen eine epidemische Lagefeststellung durch den Landtag zum damaligen Zeitpunkt offensichtlich als nicht angemessen. Die

Expertinnen und Experten im Land haben die seinerzeitige Einschätzung ausdrücklich geteilt.

Omikron und die damit verbundene rasante Ausbreitung verändern aber die Ausgangslage, und natürlich reagieren wir darauf. Sofern der Landtag heute die epidemische Lage für Schleswig-Holstein feststellt, erweitert diese den Instrumentenkasten für die kommenden Wochen um zusätzlich weitreichendere Maßnahmen, die wir in Kraft setzen werden.

Vor dem Hintergrund der bislang beispiellos hohen und auch weiter steigenden Fallzahlen bei den Neuinfektionen und der Situation, dass wir noch nicht abschließend wissen, wie sich die Zahlen auf die Krankenhausbelegungen auswirken werden, ist es erforderlich, hohe Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz werden wir selbstverständlich auch in Schleswig-Holstein umsetzen.

Stellt der Landtag heute die epidemische Notlage fest, gilt ab Mittwoch:

Diskotheken und ähnliche Einrichtungen müssen schließen. Der Diskothekenverband hat im Übrigen bereits vergangene Woche verkündet, dass die Betreiberinnen und Betreiber schon auf Basis der aktuellen Regeln nicht mehr öffnen werden. Für sie - das betone ich gern noch einmal - stehen die Überbrückungshilfen auch für Januar bereit. Das hat der Bund klipp und klar zugesagt.

Es wird zudem eine Sperrstunde von 23 Uhr bis 5 Uhr geben. Hier orientieren wir uns am Nachbarn Hamburg.

Außerdem hat sich die Landesregierung auf folgende Maßnahmen verständigt, die ebenfalls zu Mittwoch in Kraft treten sollen:

Wir weiten die Maskenpflicht in Innenräumen aus.

Wir begrenzen die Teilnehmerzahl bei Veranstaltungen weiter.

Für Beschäftigte im Einzelhandel führen wir eine umfassende Maskenpflicht ein.

Für den organisierten Sport sowie Sport in Fitnessstudios gelten für Erwachsene klare 2-G-Plus-Bedingungen - mit Ausnahme für Geboosterte.

In Pflegeeinrichtungen werden wir das Testintervall für geimpfte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also für immunisierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf drei Testungen pro Woche erhöhen.

In den Kitas und der Kindertagespflege soll es ab Mitte des Monats ebenfalls eine Testverpflichtung

(Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten Dr. Heiner Garg)

für immunisierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben, die bisher keine Auffrischungsimpfung erhalten haben. Eine solche Verpflichtung gab es bislang nicht. Da der Bund die Testkosten in diesen Einrichtungen für die zusätzlichen Verpflichtungen nicht übernimmt, steht das Land hier in der Verantwortung. Wir werden diese Belastung nicht den Kitas aufbürden, sondern die Einrichtungen für die kommenden Wochen bestmöglich mit Testangeboten unterstützen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz der rasant steigenden Infektionszahlen ist die Situation natürlich eine andere als noch vor einem Jahr. Unsere Prämisse bleibt weiterhin, das Gesundheitssystem vor Überlastung zu schützen. Jede Patientin und jeder Patient soll und muss dringend benötigte Hilfe bekommen. Unser Augenmerk liegt dabei insbesondere auf den Krankenhäusern.

Die Hospitalisierungsinzidenz - ich habe das eingehend erwähnt - lag im Land lange unter 3 und ist auch gegenwärtig auf einem moderaten Wert von etwa 3,1. Die Situation auf den Intensivstationen ist aktuell stabil.

Die Situation bei unseren dänischen Nachbarn darf uns zumindest etwas Zuversicht geben. Dort gibt es trotz hoher Inzidenzen - bislang jedenfalls - keine Anzeichen dafür, dass die Krankenhäuser überlastet sind.

Dänemark ist uns in dieser Omikronwelle einige Wochen voraus, und es ist - bei allen skizzierten Unwägbarkeiten - möglich, dass wir hier einen ähnlichen Verlauf erleben werden. Das macht zumindest etwas Hoffnung.

Trotzdem dürfen wir uns nicht in Sicherheit wiegen. Zum einen wird Omikron aufgrund der reinen Anzahl an Infektionen in den kommenden Wochen für mehr Coronapatientinnen und -patienten in den Krankenhäusern sorgen - insbesondere auf den Normalstationen. Hierauf bereiten sich die Krankenhäuser auch unter Berücksichtigung der zweiten Stellungnahme des Expertinnen- und Expertenrates der Bundesregierung vor.

Im Hinblick auf den von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag sage ich: Seit Wochen ist selbstverständlich ein routiniertes Verfahren - übrigens inklusive Koordinator - etabliert, wenn es um die Frage der Verschiebung sogenannter elektiver Eingriffe geht. Morgen wird es dazu eine Videokonferenz mit den Kliniken geben. Darin wird vor dem Hinter-

grund der Stellungnahme des Expertinnen- und Expertenrates noch einmal erörtert, inwieweit wir unser bislang bewährtes Verfahren anpassen müssen, das heißt, den Blick nicht von den Intensivstationen zu nehmen, aber deutlicher auf die Normalstationen zu lenken.

Zum anderen ist die Personalsituation in den Krankenhäusern bereits jetzt angespannt und droht sich zu verschärfen, wenn es zu Ausbrüchen innerhalb der Belegschaften kommt. Am Westküstenklinikum in Heide fehlen beispielsweise bereits jetzt rund 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund einer bestehenden Coronainfektion, und weitere 85 fehlen aufgrund der aktuell geltenden Kontaktquarantäneregeln.

Die Omikronvariante ist damit eine große Herausforderung für unsere gesamte kritische Infrastruktur. Das gilt natürlich nicht allein für die medizinische Versorgung, sondern beispielsweise auch für die Polizei, die Feuerwehren, den Rettungsdienst, den Katastrophenschutz, die Kinderbetreuung, die Bildungseinrichtungen, die Telekommunikationseinrichtung sowie die Energie- und die Wasserversorgung. Auch in diesen Bereichen müssen wir die Arbeitsfähigkeit sicherstellen.

Deshalb ist die Landesregierung allen Verantwortlichen ausgesprochen dankbar, die bereits auf die Umstände reagiert und ihre Einsatzpläne entsprechend ausgestaltet haben - beispielsweise mit der Anwendung von Kohortenprinzipien oder kontaktfreien Schichtübergaben.

Um die Versorgungssicherheit zu garantieren, haben wir in Schleswig-Holstein bereits in der vergangenen Woche als Sofortmaßnahme eine generelle Verkürzung der Quarantänezeit auf zehn Tage umgesetzt. Sobald der Bund die erforderlichen Änderungen der Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung auf Basis der Beschlüsse der Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz in dieser Woche vorgenommen haben wird, werden wir den schleswig-holsteinischen Absonderungserlass selbstverständlich noch einmal entsprechend anpassen.

Wichtig ist, dass die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten auch für Schulen und Kitas verkürzte Quarantänezeiten beschlossen haben. Schulen und Kitas zählen für uns ebenfalls zur wichtigen Infrastruktur. Kinder und ihre Eltern brauchen Kontinuität und, soweit es irgend geht und zulässig ist, Normalität.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten Dr. Heiner Garg)

Außerdem geht es darum, Familien nicht über Gebühr zu belasten.

Für die Landesregierung ist es ein zentrales Ziel, dass wir den Präsenzunterricht in den kommenden Wochen aufrechterhalten. Darum verschärfen wir die Auflagen für den Schulbesuch in den ersten beiden Wochen nach den Ferien noch einmal. Es wird mehr getestet, an den Grundschulen und an den Förderzentren führen wir das Kohortenprinzip ein, kohortenübergreifende außerunterrichtliche Angebote wie zum Beispiel AGs werden zunächst ausgesetzt, Sport- und Musikunterricht finden nur eingeschränkt statt. Damit erhöhen wir noch einmal die Sicherheit an unseren Schulen. Wir wollen so den Präsenzunterricht weiter ermöglichen.

Auch auf den Fall, dass es an einer Schule sehr viele Quarantänefälle gibt, sind die Schulen vorbereitet. Sie können dann in Abstimmung mit der Schulaufsicht in den Distanzunterricht wechseln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Lage in Schleswig-Holstein ist ernst. Uns allen stehen erneut schwierige und herausfordernde Wochen bevor. Es gilt einmal mehr, Kontakte auf ein absolutes Minimum zu reduzieren, Hygiene- und Abstandsregeln sehr sorgsam einzuhalten und generell achtsam miteinander umzugehen.

Meine dringende Bitte an die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner ist: Zeigen Sie erneut Ihr feines Gespür für die Situation im Land, wie Sie das schon in der Vergangenheit getan haben! Achten Sie aufeinander! Nehmen Sie Rücksicht aufeinander! Nehmen Sie weiter Verantwortung für einander wahr!

Wir haben das in diesem Bundesland in einer ganz besonderen Art und Weise als Gesellschaft bislang vorbildlich miteinander hinbekommen. Es kommt wieder auf Sie, auf die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, an.

Ich möchte in diesem Zusammenhang gerade noch einmal an die sogenannten Booster- oder Auffrischungsimpfungen erinnern. Wir wissen, dass wir mit den zur Verfügung stehenden Impfstoffen ein scharfes Schwert in der Hand haben. Wir wissen, dass die zugelassenen Impfstoffe wirksam insbesondere gegen schwere Krankheitsverläufe sind und dass mit dieser dritten Impfung dieser hohe Impfschutz auch bei der Omikronvariante hilfreich ist.

Das ist also keine Ausrede für Impfgegner, die jetzt angesichts der Omikronvariante die Wirksamkeit der Impfstoffe generell infrage stellen.

Mit einer Boosterimpfung kann jede und jeder, die oder der sich bisher nicht geboostert hat, einen wichtigen Beitrag leisten. Über die Hälfte der erwachsenen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner haben das schon getan. Meine Bitte an diejenigen, die sich dazu noch nicht entschieden haben: Lassen Sie sich boostern, wenn das noch nicht geschehen ist! In den Impfstellen des Landes sind für Januar und Februar 2022 noch mehr als 285.000 Termine frei. Die Boosterimpfung ist ein wichtiger und ein wirksamer Schutz gegen eine schwere Covid-19-Erkrankung - auch bei der Omikronvariante.

Beeindruckt und dankbar bin ich, wie viele Kinder und Jugendliche hier in Schleswig-Holstein mit der Impfung bereits ihren Beitrag geleistet haben.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bei den Erstimpfungen der 12- bis 17-Jährigen haben wir mit rund 75 % schon eine Quote, die fast bei der der Erwachsenen liegt. Das ist ein außergewöhnlich gutes Ergebnis. Dafür sage ich den jungen Menschen, die damit einen unglaublichen Beitrag leisten, auch von dieser Stelle aus ganz herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Seit Donnerstag gibt es nun für diese Altersgruppe auch die Möglichkeit, Boostertermine in den Impfstellen zu buchen. Ich wünsche mir, dass auch davon rege Gebrauch gemacht wird.

Auf Impfen-sh.de stellen wir ein breites Informationsangebot bereit, auch zu den offenen Impfkationen. Impftermine sind rund um die Uhr online buchbar. Für alle Menschen, die Onlinebuchungen nicht nutzen möchten, besteht grundsätzlich auch die Möglichkeit zur telefonischen Buchung. Selbstverständlich hilft auch jede weitere Erst- und Zweitimpfung, dass wir endlich aus dieser Pandemie herauskommen.

Ich sage dies an dieser Stelle ganz bewusst und noch einmal sehr deutlich: Jeder soll und darf sich sein eigenes Bild und auch seine eigene Meinung, sowohl in Parlamenten als auch draußen in der Bevölkerung, zu einer allgemeinen Impfpflicht machen. Ich habe eine klare Auffassung: Ich bin für eine allgemeine Impfpflicht, zumindest halte ich sie temporär für erforderlich - -

(Mehrere Abgeordnete und Regierungsvertreterinnen und -vertreter betreten den Plenarsaal - Unruhe)

(Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten Dr. Heiner Garg)

- Ich freue mich, dass es voller wird.

(Vereinzelter Beifall - Dennys Bornhöft [FDP]: Wenn es leerer würde, würde ich mir Gedanken machen! - Heiterkeit)

- Das muss nicht immer mit dem Redner zusammenhängen, Herr Kollege.

Ich möchte noch einmal klar sagen: Ich halte zumindest temporär die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht zur Überwindung des pandemischen Zustands für angezeigt. Ich finde es richtig, dass sich Abgeordnete ausreichend Zeit nehmen, dies zu beraten. Ich möchte aber auch, dass die allgemeine Impfpflicht nach Möglichkeit so schnell wie möglich - ich sage: so schnell wie möglich - beschlossen werden kann, weil ich es zunehmend schwer begründbar finde, dass wir das von bestimmten Personengruppen erwarten, von der allgemeinen Bevölkerung aber im Zweifel eher noch nicht. Ich hoffe, dass sie kommt, und ich hoffe, dass sie - bei aller Angemessenheit des zeitlichen Umfangs der parlamentarischen Beratungen, die dazu notwendig sind - verhältnismäßig bald kommen wird.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Zusammenhalt und Solidarität sind in dieser Pandemie von uns allen immer wieder gefordert - jetzt wieder ganz besonders. In Schleswig-Holstein haben wir alle als Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner gezeigt, dass wir aufeinander Acht geben. Wir haben gezeigt, dass wir besonnen und pragmatisch die Situationen annehmen, wie sie sind. Das hat uns bisher sehr geholfen, und darauf kommt es jetzt wieder an.

Wir müssen Kontakte so weit wie möglich reduzieren, um diese Omikronwelle so gut wie möglich gemeinsam zu überstehen. Wir haben alle miteinander als Menschen, die in diesem Land leben, gezeigt, dass wir das können. Ich bin davon überzeugt, dass wir das wieder können. Gemeinsam schaffen wir das, und gemeinsam schaffen wir auch den Weg aus dieser Pandemie. Wenn alle mitmachen, dann klappt das auch. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank, Herr Minister. - Entschuldigung für die zwischenzeitliche Unruhe. Die hing damit zusammen, dass die Kolleginnen und Kollegen, die zu Beginn unserer Sitzung noch nicht das Testergebnis ihres PCR-Tests hatten, dieses jetzt bekommen ha-

ben. Das ist auch Ausdruck der Leistungsfähigkeit unserer Testlabore. Herzlich willkommen jetzt auch den Kolleginnen und Kollegen, die darauf noch warten mussten. Deshalb hat es hier etwas Unruhe gegeben.

Die Fraktionen haben entsprechend der Regelung, die wir in unserer Geschäftsordnung haben, nach der Überziehung der Redezeit durch den Minister jetzt 10 Minuten mehr Zeit, ihre Reden vorzutragen - wenn sie es denn wollen.

Nachdem wir das jetzt geklärt haben, spricht für die CDU-Fraktion der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Tobias Koch.

(Unruhe)

- Entschuldigung, Herr Abgeordneter Koch, es gab eben eine Irritation im Hinblick auf die Geschäftsordnung. - Nur, wenn der Ministerpräsident eine Regierungserklärung abgibt, ist danach die Frau Oppositionsführerin die erste Rednerin. Ansonsten gilt die Reihenfolge so, wie wir sie aufgerufen haben. Das wollte ich noch einmal zum Sachverhalt erklären. - Bitte schön, Herr Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Danke, Herr Präsident. - Auch ich ging in der Tat davon aus, dass erst die Oppositionsführerin spricht. Aber wenn die Geschäftsordnung so ist, wird das alles seine Richtigkeit haben.

Zunächst einmal möchte ich meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass der Landtagspräsident heute wieder unter uns ist. Lieber Klaus, herzlichen Glückwunsch zu deiner Genesung und alles Gute für die Zukunft!

(Beifall)

Ich freue mich genauso, alle anderen Kolleginnen und Kollegen wohl und gesund heute hier wiederzusehen, auch wenn der Start etwas holprig war und das Sitzungsformat noch etwas ungewohnt ist. Umso schöner, dass wir jetzt hier tagen können.

Die Regierungserklärung des Gesundheitsministers hat es bereits deutlich gemacht: In Krisenzeiten bedarf es keiner populistischen Wahlkampfreden,

(Zuruf SPD: Hört, hört!)

sondern es sind ruhige, besonnene und vor allen Dingen sachorientierte Beiträge gefragt.

Deshalb möchte ich zuallererst auf die aktuellen Zahlen schauen, die Heiner Garg gerade schon erwähnt hat. Die Inzidenz in Schleswig-Holstein liegt bei 529, die Hospitalisierungsrate bei 3,13. Schon

(Tobias Koch)

diese beiden Zahlen machen sehr gut die Unterschiede in der Beurteilung deutlich. - Ja, eine Inzidenz von 529 ist ein Rekordwert für Schleswig-Holstein. Unser Bundesland und einige Kreise stehen damit auf einmal an der Spitze der Coronainfektionen bundesweit. Schon auf der MPK am 18. November 2021 zusammen mit Olaf Scholz wurde festgelegt, dass eben nicht mehr die Inzidenz, sondern zukünftig die Hospitalisierungsrate das entscheidende Kriterium für das Krisenmanagement sein soll.

Rufen wir uns den damaligen Beschluss noch einmal in Erinnerung: Bei einer Hospitalisierungsrate über 3 - also das, was wir in Schleswig-Holstein im Augenblick haben - sollte eine 2-G-Regelung für Freizeiteinrichtungen und Gastronomie eingeführt werden. Bei Überschreiten einer Hospitalisierungsrate von 6 sollte verschärfend die 2-G-Plus-Regelung zur Anwendung kommen, insbesondere für Diskotheken, Clubs und Bars. Erst bei einer Hospitalisierungsrate von über 9 sollten die Länder von der Öffnungsklausel des Infektionsschutzgesetzes Gebrauch machen und weitere Maßnahmen ergreifen. Das alles ist vor dem Hintergrund der schon damals erreichten hohen Impfquoten zu sehen, wodurch die Bedeutung der Inzidenz für das Krisenmanagement erheblich relativiert wurde.

Mit Omikron - auch das ist gerade in der Regierungserklärung deutlich geworden - haben wir es jetzt mit einer Virusvariante zu tun, die ganz offensichtlich noch einmal erheblich ansteckender ist, also zu hohen Infektionszahlen und damit entsprechend hohen Inzidenzzahlen führt, die aber zugleich mit einem deutlich mildern Verlauf einhergeht. Deshalb ist es falsch, jetzt mit den hohen Infektionszahlen Panik zu verbreiten. Diese Zahlen sind aufgrund der erreichten Impfquote und aufgrund der Omikronmutation nicht mit den Inzidenzzahlen zu vergleichen, wie wir sie bislang in der Coronapandemie kennengelernt haben.

Das bedeutet umgekehrt nicht, dass wir diesen hohen Infektionszahlen tatenlos zusehen. In erster Linie muss es aber darum gehen, eine Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Genau mit diesem Ziel hat die Landesregierung auch gehandelt.

Im Beschluss der MPK vom 21. Dezember 2021 hieß es - ich zitiere -:

„Spätestens ab dem 28. Dezember werden in den Ländern, die von der Länderöffnungsklausel Gebrauch gemacht haben, Clubs und Diskotheken ... geschlossen.“

Das heißt, für Schleswig-Holstein galt dieser Beschluss ausdrücklich nicht, denn das Ausrufen der epidemischen Notlage auf Landesebene im Rahmen dieser Länderöffnungsklausel war zum damaligen Zeitpunkt in Schleswig-Holstein noch nicht erfolgt, und - was noch viel wichtiger ist - sie war zum damaligen Zeitpunkt auch nicht geboten. Schleswig-Holstein hatte vielmehr die niedrigste Inzidenz bundesweit. Die Hospitalisierungsrate lag vor Weihnachten bei 3,47 und eben nicht bei über 9, wie sie im November-MPK-Beschluss als Anlass für das Ausrufen der epidemischen Notlage auf Landesebene genannt wurde.

Dennoch hat die Landesregierung entschieden, den Betrieb in Diskotheken, Clubs und Bars einzuschränken, nämlich die Teilnehmerzahl auf die Hälfte der Kapazität zu begrenzen und zudem eine Maskenpflicht anzuordnen - das Ganze zusätzlich zu den bereits bestehenden 2-G-Plus-Bestimmungen, die eigentlich erst bei Hospitalisierungsraten von über 6 in Kraft treten sollten, wenn man an den MPK-Beschluss zurückdenkt.

Die schleswig-holsteinische Regelung für Diskotheken, Bars und Clubs war somit deutlich strenger als bundesweit mit Bundeskanzler Olaf Scholz vereinbart.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Sicherlich hätte man diese Maßnahmen statt am 28. Dezember 2021 auch ohne Weiteres schon am 24. Dezember oder auch am 23. Dezember in Kraft treten lassen können. Darüber sind wir uns heute im Nachhinein alle einig. Nur leider ist vor Weihnachten niemand auf diese Idee gekommen - das muss man ehrlich so feststellen -, weder in der Regierung noch in den Koalitionsfraktionen, aber eben auch nicht in der Opposition. Dabei ist der Verordnungsentwurf allen Fraktionen, somit auch der SPD, am 22. Dezember 2021 und damit einen Tag vor Veröffentlichung und Inkrafttreten der neuen Verordnung schriftlich zugegangen.

Wenn die SPD die Regelung also hätte vorziehen wollen, hätte sie genau diese Änderung in den laufenden Ordnungsprozess einbringen können. Genau dazu ist doch dieses Verfahren mit dem Parlament vereinbart worden. Mit dieser Parlamentsbeteiligung gehen eben nicht nur Informationsrechte einher, sondern damit tragen das Parlament, die Fraktionen und die Opposition genauso Verantwortung für die Corona-Verordnung wie auch die Landesregierung.

(Lachen SPD)

(Tobias Koch)

- Das ist so, meine Damen und Herren. Parlamentsrechte gelten immer in beide Richtungen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Frau Midyatli, Sie können doch nicht den Ministerpräsidenten hier persönlich - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Das reicht! Soll ich mich gleich da hinstellen?)

Sie können doch nicht dem Ministerpräsidenten persönliche Vorwürfe machen, obwohl Sie selbst im Vorfeld der Entscheidung persönlich in das Verfahren eingebunden waren.

(Birte Pauls [SPD]: Einen Tag vorher!)

- Ja, wie wir alle. Die MPK war erst am 21. Dezember, am 22. Dezember gab es den Entwurf, am 23. Dezember 2021 wurde die Verordnung in Kraft gesetzt. Das war so kurzfristig. Wir alle hatten die Chance; auch Sie hatten die Chance. Der Verordnungsentwurf lag vor. Sie haben ihn aber ohne jegliche Beanstandung passieren lassen. Das halte ich hier noch einmal fest.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Damit nicht genug: Die SPD-Vorsitzende forderte die sofortige Schließung von Clubs und Diskotheken und äußerte öffentlich ihr Unverständnis, dass diese am 4. Januar 2022 immer noch geöffnet seien. - An der Stelle müssen Sie sich wirklich an Ihre eigene Nase fassen, Frau Kollegin. Es war Ihre Partei, deren stellvertretende Bundesvorsitzende Sie sind, die mit dafür gesorgt hat, dass die epidemische Notlage auf Bundesebene am 25. November letzten Jahres ausgelaufen ist. Auf dieser Rechtsgrundlage wäre eine Schließung von Diskotheken möglich gewesen.

(Zuruf)

Ohne diese Rechtsgrundlage müssen wir die epidemische Notlage erst einmal auf Landesebene ausrufen. Dazu bestand, wie gesagt, im Dezember 2021 noch kein Anlass. Ich habe bereits in der Novembersitzung das Auslaufenlassen der epidemischen Notlage auf Bundesebene an diesem Rednerpult scharf kritisiert. Es spricht für Grüne und FDP, dass Monika Heinold und Heiner Garg mittlerweile die gleiche Kritik gegenüber ihrer eigenen Bundesregierung geäußert haben.

Vonseiten der SPD habe ich solche selbstkritischen Töne bislang nicht gehört. Ich sage Ihnen: Jetzt ist es dafür auch zu spät. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen werden wir heute die epidemische Notla-

ge auf Landesebene ausrufen, dann brauchen wir den Bund zukünftig dafür nicht mehr.

(Beifall CDU)

Es ist doch eine vollkommen absurde Vorgehensweise, dass jetzt 16 Bundesländer jedes einzeln für sich die Notlage erklären müssen, nur damit die Berliner Ampel ihr Gesicht wahren kann. Bevor Sie also mit dem Finger auf andere zeigen, Frau Kollegin Midyatli, kehren Sie lieber erst einmal vor der eigenen Haustür!

Noch ein gut gemeinter Tipp unter uns, da wir gerade so vertraulich zusammensitzen: Wenn Sie schon versuchen, sich mit diesen Themen öffentlich zu profilieren, dann versuchen Sie es doch weniger als reine PR-Aktion zu gestalten! Als SPD-Fraktion hätten Sie jederzeit eine Sondersitzung des Landtags beantragen können, um die epidemische Notlage früher auszurufen. Sie hätten auch jederzeit alle möglichen Anträge einbringen können.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ist das jetzt eine PR-Nummer von Ihnen?)

Während Sie, mit Verlaub, damit beschäftigt waren, Ihre Presseerklärungen abzugeben, waren es die Fraktionen von CDU, Grünen und FDP, die gehandelt haben, einen entsprechenden Antrag formuliert und in den Landtag eingebracht haben, wohingegen wir auf den SPD-Antrag, den Sie öffentlichkeitswirksam angekündigt haben, bis heute vergeblich warten. Das ist der Unterschied zwischen Opposition und Verantwortung.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die wichtigste Entscheidung der MPK vom vergangenen Freitag ist aus meiner Sicht die Neuregelung der Quarantänefristen. Doppeltgeimpfte, Genesene und Geboosterte mussten anfänglich für 14 Tage in Quarantäne, weil sie Kontakt zu einer mit Omikron infizierten Person hatten, das Ganze ohne die Möglichkeit, sich mit einem PCR-Test freizutesten. Ehrlicherweise bestand doch genau darin das eigentliche Problem der letzten Tage. Das war nämlich nicht nur für alle Betroffenen eine erhebliche Erschwerung, sondern hat in viel stärkerem Maße als Omikron selbst dafür gesorgt, dass die Funktionsfähigkeit unserer kritischen Infrastruktur gefährdet wurde.

In Krankenhäusern, Pflegeheimen, in vielen anderen Bereichen fehlte oftmals ein erheblicher Teil der Beschäftigten nicht etwa, weil diese sich mit Omikron infiziert hätten, sondern weil sie aufgrund

(Tobias Koch)

einer überholten Quarantänevorschrift in Quarantäne mussten. Dank gebührt deshalb unserem Gesundheitsminister Heiner Garg dafür, dass er dafür gesorgt hat, dass die Gesundheitsministerkonferenz der letzten Woche bereits vor der Ministerpräsidentenkonferenz getagt und daraufhin diese Neuordnung der Quarantänefristen auf den Weg gebracht hat. Herzlichen Dank für die Initiative!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich sage an dieser Stelle schon auch: Ich hätte mir ein schnelleres Handeln der Bundesregierung gewünscht. Dass man sie zum Jagen tragen musste, muss in der zukünftigen Krise nicht so bleiben.

(Christopher Vogt [FDP]: Das kennt man aus den vier Jahren vorher!)

Das gilt erst recht, wenn der Beschluss aus der MPK, der jetzt gefasst worden ist, dann noch einmal über eine Woche braucht, bis er tatsächlich in Kraft gesetzt wird.

(Beate Raudies [SPD]: War ja vorher nie so! Das hat ja sonst immer sofort geklappt!)

- Ja, das ging tatsächlich schneller. Wenn Sie in den Mai letzten Jahres zurückgucken, hat die Bundesregierung im Mai letzten Jahres am Dienstag entschieden, der Bundestag am Mittwoch, der Bundesrat am Donnerstag, und dann war die Verordnung in Kraft. Dass man sich jetzt eine ganze Woche damit Zeit lässt, ist eben einfach ein Verzug von mehreren Tagen. Das muss in einer solchen Krise nicht sein, dass Tausende, zigtausend Menschen davon betroffen sind, die unnötig in Quarantäne sitzen. Da kommt es schon auf jeden einzelnen Tag an, da ist Eile geboten in Berlin. Das gilt in der Tat für diese Bundesregierung, nicht für die Vorgängerregierung.

(Beifall CDU)

Aber Olaf Scholz scheint es wichtiger zu sein, die Zugangsbeschränkungen zur Gastronomie zu verschärfen.

(Zurufe SPD: Oh!)

Man kann sich wirklich fragen, was eigentlich Gaststätten und Restaurants Olaf Scholz getan haben, dass er so vehement auf 2 G Plus in diesem Bereich gedrängt hat.

(Sandra Redmann [SPD]: Es ist so peinlich! - Martin Habersaat [SPD]: Wir schämen uns auch, Herr Koch, wenn Sie so reden!)

Aus unserer Sicht wäre das nicht zwingend notwendig gewesen.

Als Land führen wir die 2-G-Plus-Regelung im Sportbereich ein, weil hier Abstände nicht eingehalten werden können, weil es beim Mannschaftssport und in Fitnessstudios zu mehr als zehn Kontakten kommt, weil hier geschwitzt und laut gerufen wird. All das ist in den Restaurants nicht der Fall.

(Zuruf: Na ja!)

In den Restaurants haben wir es mit einem geordneten Setting zu tun, in dem maximal zehn Personen an einem Tisch sitzen und Maskenpflicht auf den Verkehrswegen besteht.

(Zuruf)

Ein zusätzlicher Test bei Doppeltgeimpften erscheint insofern übertrieben, wird vom Expertenrat der Bundesregierung im Übrigen nicht explizit empfohlen. Nicht zuletzt haben die wissenschaftlich begleiteten Modellprojekte bei uns in Schleswig-Holstein gezeigt, dass die Gastronomie kein Infektionstreiber ist.

Ich will nicht verhehlen, dass wir diese Regelung an dieser Stelle nur aus Staatsräson mittragen, weil einheitliche Regeln ein Wert an sich sind, aber nicht wirklich aus inhaltlicher Überzeugung.

Unabhängig von den Ergebnissen der MPK haben die Landesregierung und die Koalition beschlossen, in dieser Woche weitere Verschärfungen der Coronamaßnahmen vorzunehmen. Der Minister hat es gerade schon vorgestellt. Auf Basis der Beschlussfassung des Landtags zur epidemischen Lage werden anschließend Diskotheken und Clubs geschlossen. Es wird eine Sperrstunde in der Gastronomie eingeführt. Außerdem wird die Maskenpflicht in Innenräumen ausgeweitet und die maximale Teilnehmerzahl bei Theater-, Kino- und Konzertbesuchen reduziert.

Wir bleiben damit vorsichtig, alles - wie gesagt - unter der Maßgabe, dass die Funktionsfähigkeit unseres Gesundheitssystems nicht gefährdet werden darf. Deshalb stellen wir bei allen Entscheidungen die Hospitalisierungsrate und die Auslastung der Intensivkapazitäten an vorderste Stelle. Diese Werte liegen aber übrigens niedriger als vor einem Jahr. Deswegen sage ich auch: Noch weitergehende Maßnahmen, als wir sie jetzt auf den Weg gebracht haben, erscheinen gegenwärtig wirklich nicht angebracht.

Davon abgesehen bleibt das Impfen unverändert die beste Maßnahme gegen die Coronapandemie. Dabei war von Anfang an klar, dass eine Impfung keinen hundertprozentigen Schutz bieten würde. Auch wenn es deshalb jetzt zu einer ganzen Reihe von

(Tobias Koch)

Impfdurchbrüchen kommt, ist es dennoch kein Argument gegen eine Impfung, denn die Impfungen tragen ganz erheblich dazu bei, die Zahl der schweren Verläufe zu reduzieren.

Deshalb ist es gut, dass wir beim Boostern mit der dritten Impfung deutlich vorangekommen sind. Bei den über 60-Jährigen belegen Schleswig-Holstein, das Saarland und Bremen die bundesweiten Spitzenplätze mit über 70 % Geboosterten in dieser Gruppe. Auch beim Boostern der 18- bis 59-Jährigen liegen wir mit 45,3 % über dem Bundesdurchschnitt, aber man sieht: Hier ist noch deutlich Luft nach oben.

Das gilt insbesondere auch für das Boostern von Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 17 Jahren. Stolze 75,8 % in dieser Altersgruppe sind in Schleswig-Holstein bereits das erste Mal geimpft. Hier liegen wir mit weitem Vorsprung bundesweit an der Spitze.

(Beifall CDU)

Geboostert sind dagegen erst 6,2 % der 12- bis 17-Jährigen in Schleswig-Holstein. In anderen Bundesländern sieht das auch nicht viel besser aus. Deswegen war die Entscheidung des Gesundheitsministeriums in der vergangenen Woche aus unserer Sicht, aus Sicht der CDU-Fraktion so erfreulich.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Und auch aus Sicht der Fraktion der Grünen und vermutlich auch der der FDP-Fraktion.

Seit letztem Donnerstag können auch die 12- bis 17-Jährigen ihre Auffrischungsimpfung in den Impfstellen des Landes erhalten und dafür Termine buchen. Das ist ein ganz wichtiger Baustein, um die Schulen weiter offen zu halten und dadurch schwerwiegende Bildungsnachteile zu vermeiden. Lieber Heiner Garg, ganz herzlichen Dank dafür, dass es gelungen ist, dies so schnell umzusetzen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren: Erstimpfung, Zweitimpfung, dritte Auffrischungsimpfung und möglicherweise in absehbarer Zeit auch eine vierte Impfung, wenn die Hersteller ihre Impfstoffe an die neuen Mutationen angepasst haben und es darum geht, den Impfschutz zu erneuern und aufrechtzuerhalten: Wenn man sich das vor Augen führt, dann brauchen wir in Berlin auch eine Entscheidung über die Impfpflicht - nicht, um damit die aktuelle Omikronwelle zu stoppen - dafür kommt eine Impfpflicht mittlerweile zu spät -, aber im Hinblick auf zukünftige

neue Mutationen, von denen die nächste ja schon in Frankreich aufgetaucht ist.

Mit der bislang erreichten Impfquote von weniger als 85 % der 12- bis 99-Jährigen bundesweit sind wir nach wie vor vor zukünftigen Coronawellen nicht ausreichend geschützt. Wenn wir also immer neue Eingriffe vermeiden wollen, brauchen wir unbedingt eine höhere Impfquote.

Das alles mag jetzt für Impfgegner nach einem Horrorszenario klingen. Ich sage aber deutlich: Lieber zukünftig jedes Jahr oder meinetwegen auch jedes halbe Jahr einmal eine Coronaimpfung, als dass uns diese Pandemie weiterhin begleitet und wir dauerhaft mit solchen Einschränkungen leben müssen, wie wir sie jetzt leider wieder vornehmen müssen.

Erfreulicherweise lässt sich aber auch feststellen, dass die Virusmutationen zwar von Mal zu Mal ansteckender werden, gleichzeitig aber auch weniger gefährlich. Deshalb bin ich nach wie vor optimistisch und gebe die Hoffnung nicht auf, dass wir in absehbarer Zeit ein Ende der Pandemie erleben können. Der Minister sprach von einer endemischen Entwicklung, die sich möglicherweise an diese pandemische Phase anschließt. Damit hätten wir es dann geschafft, mit dem Virus zu leben. Das Coronavirus wird dadurch nicht aus der Welt verschwunden sein, aber wir werden mit den Erfahrungen, die wir in den letzten zwei Jahren gesammelt haben, lernen, mit dem Virus umzugehen und damit zu leben. Dazu gehören auch zukünftig weitere Tests, dazu gehören möglichst viele Impfungen. Dann werden wir es schaffen, diese Pandemie hinter uns zu lassen. Da bin ich weiterhin optimistisch. Das können wir uns alle nur wünschen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Frau Oppositionsführerin und Fraktionsvorsitzende der SPD, die Abgeordnete Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn dieser Sondersitzung wünschen und hoffen wir natürlich, dass sich der Ministerpräsident nicht angesteckt hat, sondern dass es sich bei seiner Quarantäne um eine reine Vorsichtsmaßnahme handelt. Der eine ist heute nicht da, dafür ist ein anderer zurück: Lieber Herr Schlie, herzlich willkommen! Wir freu-

(Serpil Midyatli)

en uns alle, Sie wieder gesund hier in diesem Plenarsaal zu sehen.

(Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Coronazahlen haben sich über die Feiertage im Norden dramatisch entwickelt. Über viele Monate hinweg hatten wir vergleichsweise gute Inzidenzwerte. Jetzt sind wir eines der Schlusslichter. In nur vier Kreisen beziehungsweise Regionen in Schleswig-Holstein hatten wir zum Ende letzter Woche eine Inzidenz von unter 300. Dabei geben diese Zahlen, und das wissen wir alle, noch nicht einmal den letzten Stand wieder. Die Gesundheitsämter kommen einfach nicht mehr hinterher.

Kaum jemand zweifelt mittlerweile daran, dass dieses enorme Wachstum vor allem auch auf einen Faktor zurückgeht: die Öffnung der Diskotheken und Clubs über Weihnachten - ohne Maske, ohne Abstand, ohne Kontaktdatenerfassung. Ich habe aus der Koalition in den letzten Tagen gehört - das haben wir gerade noch einmal eindrucksvoll bewiesen bekommen -, dass die Instrumente gefehlt hätten, um das Desaster zu vermeiden. Mein Eindruck ist ein anderer: Am 19. Dezember, fünf Tage vor Weihnachten, als alle Virologen - Herr Koch, alle Virologen, nicht die Besserwisser - vor Omikron warnten, gab Daniel Günther der Zeitung die „Die Welt“ ein Interview. Die Frage an den Ministerpräsidenten:

„Gesundheitsminister Karl Lauterbach rechnet für die kommenden Wochen auch hierzulande mit einer massiven fünften Coronawelle. Fühlen Sie sich ausreichend gerüstet? Oder bedarf es weiterer Beschlüsse von Bund und Ländern?“

Antwort Daniel Günther:

„Die Instrumente, die den Ländern mit dem Bundesinfektionsschutzgesetz in die Hände gegeben wurden, reichen aus. Schleswig-Holstein hat seine Corona-Verordnung bis Mitte Januar fixiert.“

Das war die Haltung dieser Landesregierung, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD und SSW)

Da fehlten keine Instrumente, da fehlten Einsicht, Umsicht und die Bereitschaft, den Sonderweg zu verlassen, den Sie bewusst gegangen sind; und das mit fatalen Folgen für unser Land.

Um gleich mit dem zweiten Märchen aufzuräumen, das hier vorgetragen wurde: An den Inzidenzen lag

es auch nicht. Schleswig-Holstein hatte am 22. Dezember 2021 eine Inzidenz von 166. Der Unterschied zu Niedersachsen: Dort lag sie bei 167.

(Zurufe: Oh!)

Dort waren die Diskotheken geschlossen, hier waren sie geöffnet. Es war eine bewusste Entscheidung von Jamaika, in dieser Frage einen anderen Kurs einzuschlagen als alle anderen Bundesländer. Man redet von einer Lex Schleswig-Holstein bei dem MPK-Beschluss. Es stellt sich hier die Frage, wer wohl Besserwisser gewesen ist: alle anderen Bundesländer oder Schleswig-Holstein?

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Ganze hat auch eine Vorgeschichte. Seit Monaten haben sich Teile dieser Koalition in die eigene Erzählung des großartigen Umgangs mit Corona hineingesteigert. Am 11. November 2021 ließ Herr Koch eine Pressemitteilung verschicken mit der Überschrift: „Dank Jamaika die niedrigsten Inzidenzwerte“ - eine Hybris, muss man sagen und es sich auf der Zunge zergehen lassen.

Herr Koch, ich bleibe einen weiteren Moment bei Ihnen. In der letzten Woche haben Sie ernsthaft gefragt, warum die SPD jetzt alles besser wisse und vor Weihnachten nicht die Schließung der Diskotheken organisiert hätte. Ganz abgesehen davon, dass bis Mai noch Sie regieren und nicht wir,

(Zuruf: Das ist aber schade!)

möchte ich Ihnen hier noch einmal darauf antworten. Seit Ihrem Kurswechsel im September betone ich in jeder meiner Reden: Wir halten Ihren Kurs für gefährlich und falsch.

(Beifall SPD)

Wir fanden den Verzicht auf Masken in Innenräumen falsch. Wir halten den Verzicht auf Abstand für falsch. Wir halten den Wegfall der Kontaktdatenerfassung für falsch, all das sogar schon vor Omikron, und das kann Ihnen tatsächlich nicht entgangen sein. Glauben Sie denn ernsthaft, dass meine Fraktion volle Clubs mit Tanzen ohne Masken und Abstand und ohne Kontakterfassung für eine gute Idee gehalten hat? Ganz ehrlich: Vielleicht hätte ich Ihnen eine Weihnachtskarte schreiben sollen. Dann hätte ich im Dezember vielleicht ein bisschen mehr Aufmerksamkeit von Ihnen erfahren.

Am allermeisten hat mich geärgert, als in der letzten Woche versucht wurde, den Diskobesuchern den Schwarzen Peter zuzuschieben. Nach allem, was ich gelesen habe, fanden die Ausbrüche statt, obwohl sich alle penibel an alle Regeln gehalten ha-

(Serpil Midyatli)

ben, die diese Landesregierung vorgegeben hat. Vom Schleswig-Holsteiner kann ich nicht erwarten, dass er jede Woche den neuen virologischen Stand kennt. Von der Landesregierung erwarte ich genau das. Sie tragen hier die Verantwortung.

(Beifall SPD)

Sie haben aber bis zuletzt an Ihrem Kurs festgehalten. Als in anderen Ländern die Clubs geschlossen wurden, zog Daniel Günther im Vorwahlkampf über die Weihnachtsmärkte und warb für Normalität. Das ist die Lage. Sie haben die Menschen in falscher Sicherheit gewiegt.

(Beifall SPD)

Nicht die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner haben sich falsch verhalten, ganz im Gegenteil. Seit Beginn der Pandemie nehmen die Menschen Rücksicht aufeinander und handeln solidarisch. Unser Dank geht an all diejenigen, die sich jetzt in der Pandemie wieder in den Krankenhäusern für uns einsetzen, die überall im Dienst sind und vor allen Dingen viele Einschränkungen über viele lange Monate hingenommen haben. Wir wissen, dass das vielen sehr schwer gefallen ist, aber in der Krise hält dieses Land zusammen, in der Krise hält Schleswig-Holstein zusammen.

(Beifall SPD und SSW)

Es war auch nicht der Bund - das werden wir hier aber bis Mai wahrscheinlich öfter hören -, der Sie daran gehindert hat, irgendetwas zu machen. Sie haben alle Instrumente, bis auf diese: Hotelschließungen, Einzelhandel dichtmachen, Sport verbieten oder Ausgangsbeschränkungen ausrufen. Das sind die einzigen Instrumente, die auf Landesebene nicht möglich sind.

Wenn Sie mir jetzt sagen, Herr Koch, Sie möchten gerne eines dieser Instrumente in Schleswig-Holstein einsetzen, weil Sie es für richtig halten, und Sie sind sich in Ihrer Koalition einig, dann rufe ich gleich Olaf Scholz an und mache das für Sie klar. Versprochen.

(Heiterkeit und Beifall SPD - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frag mal Buchholz, wie oft ich schon Sachen auf Bundesebene für ihn erledigt habe!

(Heiterkeit CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist jetzt wirklich mein Ernst. Denn ich habe es endgültig satt, dass Sie mit einer Hütchenspielertaktik immer

wieder dafür sorgen, dass hier jemand anderes die Schuld trägt: die Feiernden, die Opposition, der Bund, die Schlauberger, bloß nicht Daniel Günther oder diese Landesregierung - die sind es aus Ihrer Sicht nie gewesen.

(Beifall SPD)

Daher habe ich mich gefreut, dass der Ministerpräsident am Freitag zum ersten Mal Anflüge von Selbstkritik erkennen ließ. Bei einem Satz allerdings musste ich etwas aufhorchen: Die Belastung in Schleswig-Holstein habe sich in den letzten Wochen nicht wesentlich verändert - das waren seine Worte. Ich frage mich schon, ob die vielen Tausenden Menschen in Quarantäne - nicht im Hotel, sondern in Zwei- bis Dreizimmerwohnungen - oder auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern, die rund um die Uhr rotieren, diesen Satz wirklich unterschreiben würden. Das glaube ich tatsächlich nicht.

(Beifall SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt möchte ich einen krassen Cut machen. Denn das war Mist - das haben wir und Sie jetzt tatsächlich eingesehen. Willkommen zurück im Team Vorsicht! Ich hoffe, Sie lernen aus diesem Sonderweg, denn uns steht in den nächsten Wochen - das hat unser Gesundheitsminister gerade vorgetragen - eine große Welle bevor; die Explosion der Inzidenzen in Dänemark und in Großbritannien zeigt uns das. Darum muss Vorsicht der oberste Maßstab für die kommenden Wochen sein. Wenn die Koalition bereit ist, diesen Kurs einzuschlagen, hat sie auch wieder die Unterstützung der SPD - das war seit Beginn der Pandemie immer so. Wir stehen zu unserem Wort, wir stehen zu unserer Verantwortung.

Deswegen stimmen wir der Feststellung der epidemischen Lage für Schleswig-Holstein selbstverständlich zu, und ich freue mich, dass wir hier heute einen gemeinsamen Antrag beschließen werden. Das haben alle anderen norddeutschen Länder längst getan.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber bevor der Kollege Koch sich in zwei Wochen wieder hinstellt und sich beschwert, dass die Opposition vergessen hat zu regieren,

(Heiterkeit SPD)

gehen wir darüber hinaus. In unserem Antrag führen wir auf, was wichtig ist, wenn wir es mit der Vorsicht ernst nehmen.

(Serpil Midyatli)

Schleswig-Holstein muss die Bund-Länder-Vereinbarung konsequent umsetzen. Im Beschluss steht ausdrücklich: Das sind Mindeststandards. - Niemand hindert uns daran, über die Beschlüsse hinauszugehen, wenn es angebracht ist. Denn die Ansteckungen über Weihnachten zeigen, dass für Omikron andere Regeln gelten müssen als bisher. 2 G reicht nicht aus, wenn sich auch Geimpfte leichter anstecken. Abstände allein reichen nicht aus, wenn die Übertragbarkeit so viel höher ist. Schnelltests allein reichen nicht aus, wenn sie erst verzögert anspringen. Innenräume sind besonders gefährlich. Große Menschenmengen sind es auch. Dass Clubs und Diskotheken geschlossen werden, sollte eine Selbstverständlichkeit sein - das passiert jetzt auch.

Und wir brauchen schnell - das haben wir heute auch selbst gemerkt - mehr Kapazitäten für PCR-Tests, damit wir zum Beispiel in Schulen, Pflegeeinrichtungen und Kitas mehr Sicherheit bekommen. Wenn wir uns mit PCR-Tests sicher fühlen, dann werden es die Beschäftigten in den Kitas, in Pflegeeinrichtungen und in Schulen auch tun. Das ist unser Auftrag: die Beschäftigten, die Kinder und deren Familien bestmöglich zu schützen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD und SSW)

Die gute Nachricht - es gibt auch gute Nachrichten -: FFP2-Masken schützen weiterhin mit hoher Zuverlässigkeit. Sie sind sehr viel sicherer als ihre Alternative, die einfache OP-Maske. Ich weiß, dass es Menschen mit Atemproblemen gibt, für die diese Masken ein Problem sind. Aber auch sie müssen wir schützen. Es muss also klar sein, dass die FFP2-Maske zum neuen Standard für alle wird, die sie tragen können.

Die etwas milderen Verläufe bei Omikron machen derzeit Hoffnung. Sie bringen den Krankenhäusern aber nur sehr kurz etwas, wenn der Anstieg derart rasant ist. Diese Welle hat bei den jungen Menschen begonnen, und wir werden in den nächsten Wochen leider erleben, dass auch viele Ältere sich anstecken werden. Unter den Älteren sind allerdings noch viele nicht geimpft. Daher muss die Notfallplanung der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein auf eine sehr viel stärkere Belastung vorbereitet werden. Dasselbe gilt natürlich auch für die kritische Infrastruktur. Das Problem der Belastung ist durch die neue Regelung der Quarantäne natürlich nicht vom Tisch.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, so wie vielen Eltern ging es auch mir heute Morgen, als ich meine beiden Jungs auf den Weg zur Schule brachte.

Denn wir machen uns natürlich sehr viele Sorgen, und jeder hat ein mulmiges Gefühl. Ich verstehe den Wunsch, die Schulen möglichst lange offen zu halten; das haben wir hier auch immer wieder bekräftigt. Aber wir müssen die Situation sehr genau im Blick behalten.

Es ist ärgerlich, dass wir beim Distanzunterricht noch immer nicht weiter sind. Martin Habersaat hat dazu letzte Woche, wie ich finde, alles Nötige gesagt: Die Schulen brauchen jetzt die Freiheit, zumindest für die älteren Schülerinnen und Schüler den Umstieg auf Wechsel- oder Distanzunterricht zu machen. All diese Instrumente haben wir bereits im vergangenen Jahr ausprobiert, und vor allem die Schulen können mit diesen neuen Modellen umgehen. Wir brauchen die höchstmögliche Sicherheit, für die Schülerinnen und Schüler genauso wie für die Lehrkräfte.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Kollege Koch, der nächste Punkt bringt uns wahrscheinlich wieder zusammen: Der nüchterne Blick auf die Zahlen zeigt, dass Impfungen schützen. Das ist mit die wichtigste Aussage, die wir alle gemeinsam von hier herausragen sollten. Die Impfung schützt nicht in jedem Fall vor einer Ansteckung, wir wissen aber mittlerweile, dass sie mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit vor schweren Verläufen schützt.

Eine Impfung ist gut. Die zweite Impfung ist noch besser, und drei Impfungen sind das Ziel, das wir alle gemeinsam haben. Mein Appell geht heute wieder an uns alle: Lassen Sie uns weiter Freunde, Familien, Nachbarn und all diejenigen, die sich noch nicht haben impfen lassen, überzeugen! Es ist das beste Mittel, um aus dieser Pandemie herauszukommen. Wenn wir es anwenden, wird es sicherlich auch wieder gute Zeiten geben, und dann können wir hier tatsächlich wieder von Normalität für die Menschen in Schleswig-Holstein reden. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Vorsitzende, Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Präsident, auch ich freue mich wirklich sehr, dass Sie wieder bei uns sein können; das ist ein guter Start ins neue Jahr. Herzlich willkommen!

Meine Damen und Herren, die Omikronvariante des Coronavirus hat uns erreicht, und sie kam nicht

(Eka von Kalben)

überraschend: Allein ein Blick nach Dänemark hat gereicht. Der Blick auf die Zahlen des Robert Koch-Instituts von heute Morgen zeigt ein klares und auch trauriges Bild: Schleswig-Holstein ist mit einer Inzidenz von fast 530 deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Das ist absolut unbefriedigend und zeigt, dass wir auch in den kommenden Wochen noch Vorsicht walten lassen müssen.

Deshalb ist es richtig, dass wir heute im Landtag die epidemische Notlage für Schleswig-Holstein feststellen, um den Handlungsrahmen für rechtssichere Maßnahmen der Landesregierung zu erweitern. Ich freue mich auch, dass die Opposition diesen Antrag unterstützen will, auch wenn ich vorhin in der Rede etwas nicht ganz verstanden habe: Es kam ein bisschen so rüber, als ob wir sie eigentlich nicht bräuchten.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Aber ich bin froh, dass wir hier gemeinsam ein Signal setzen, indem wir diese Notlage beschließen.

Ich bin auch froh, dass wir uns endlich geeinigt haben, eine entsprechende Regelung für die Durchführung von digitalen Parteitag zu vereinbaren: ein Beschluss - das will ich nicht verhehlen -, den wir sehr gern schon im Dezember gehabt hätten, als wir nämlich unseren Parteitag in Teilpräsenz durchgeführt haben.

(Martin Habersaat [SPD]: Und? An der SPD gescheitert?)

- Es gab zu dem Zeitpunkt keine Partei hier im Haus, die diesen Vorschlag unterstützt hat. Ich betone: keine.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Dass die Feststellung der epidemischen Lage richtig ist, zeigt auch der Blick zurück, der ja die politische Debatte heute anscheinend mehr bestimmt als die Zukunft - leider. Vor Weihnachten haben wir beschlossen, im Rahmen der Empfehlungen der Ministerpräsidentenkonferenz vom 21. Dezember 2021 zu bleiben, zum 28. Dezember 2021 weitere Verschärfungen vorzunehmen und keine epidemische Lage für Schleswig-Holstein auszurufen - ein Fehler, wie wir heute erkennen müssen. Ich verstehe nicht, warum Sie sagen, dass das dann eine Lex Schleswig-Holstein war. Wir haben - das war ein Fehler - als einzige die Diskotheken nicht geschlossen, wir haben aber genau den Beschluss der Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz vom 21. Dezember umgesetzt und nicht eine Extraregel gemacht. Das als Lex Schleswig-Holstein zu bezeichnen, ist insofern merkwürdig.

Es wäre richtig gewesen, noch im Dezember die epidemische Notlage zu erklären, um rechtssicher - ich betone, Frau Midyatli: rechtssicher - Diskotheken zu schließen, und das entgegen dem Beschluss der Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz auch schon vor Weihnachten. Aber das ist vergossene Milch. Ich habe von der Opposition keinen Antrag auf eine Sondersitzung und keine entsprechenden Anträge gesehen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Kriegen Sie jetzt jeden Monat!)

Insofern erscheint mir die Empörung wirklich unglaubwürdig, sie nervt. Liebe SPD-Fraktion, auch Sie hatten die Gelegenheit, zur Sitzung des Plenums im Dezember einen Antrag zur epidemischen Lage einzubringen.

(Lachen SPD)

Sie hätten Schlauberger sein können, sind es aber eben nicht. Das ist keine glaubwürdige Oppositionsarbeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Fakt ist: Omikron wird sich ausbreiten und hätte sich auch ohne die Diskothekenbesuche in Schleswig-Holstein breitgemacht, vielleicht weniger rasant, aber unaufhaltsam.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Dass es uns als Nachbarland zu Dänemark besonders trifft, ist nicht verwunderlich. Fakt ist, dass wir in diesem Land immer noch auf Vorsicht setzen und uns bei der Bekämpfung der Pandemie nicht verstecken müssen. Wir tun, was nötig ist, und handeln verhältnismäßig. Bei uns wurde die Regel für den Einzelhandel nicht gekippt.

Ich empfind immer einen gewissen Stolz auf mein Bundesland, wenn ich in den vergangenen zwei Jahren von meinen grünen Fraktionsvorsitzenden aus den anderen Bundesländern gefragt wurde: Wie schafft ihr es, so gut durch diese Krise zu kommen? - Meine Antwort: Ich glaube, es hat ganz viel damit zu tun, dass wir in Schleswig-Holstein solidarische Menschen haben, die aufeinander achten und die zueinanderstehen. Aber trotz allem kämpfen wir nach wie vor mit dem Virus. Hohe Infektionszahlen, Personalausfälle wegen Erkrankungen und Quarantäne geben Grund zur Besorgnis. Wir sind nicht in einer sicheren Situation. Wenn die Zahlen sich weiter so massiv erhöhen, drohen wieder mehr Menschen im Krankenhaus zu landen.

(Eka von Kalben)

Wir wissen aber, dass Kontaktbeschränkungen und Boostern offensichtlich nach wie vor wirksamste Mittel sind, um in eine Lage zu kommen, in der wir mit dem Virus leben können. Sie haben es ausgeführt, Herr Minister.

Es gibt aber ein immer wiederkehrendes Problem. Es ist immer schwierig, politische Maßnahmen zu beschließen und Mehrheiten zu gewinnen, wenn das Problem noch nicht offensichtlich ist, wenn es zwar vor der Haustür steht, aber noch nicht hereingekommen ist. Wir schauen immer auf die aktuellen Inzidenzen, auf die aktuelle Situation in den Krankenhäusern. Die kann aber in zwei Wochen ganz anders aussehen. Wir müssen noch mehr auf diejenigen hören, die das beschreiben, was auf uns zukommt, diejenigen, die Szenarien modellieren.

(Zuruf SPD: Also auf Kai!)

Ich bin aber zuversichtlich, dass die nun vorliegenden Maßnahmen genau diesem vorsorgenden Gedanken gerecht werden.

Eine dieser Maßnahmen ist natürlich das Impfen. Im Plenum haben wir bereits darüber gesprochen: Es wird geimpft und geboostert, es läuft gut in Schleswig-Holstein. Gerade an der Stelle möchte ich sehr herzlich sowohl dem Sozialministerium als auch dem Bildungsministerium danken. Wie wir bei den Kindern und Jugendlichen vorankommen, ist, glaube ich, ein gutes Signal und wirklich wichtig, damit wir möglichst viel in Präsenz möglich machen können. - Herzlichen Dank von dieser Seite.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Impfen und Boostern sind die wichtigsten Bausteine, um gut durch das Frühjahr und wahrscheinlich den kommenden Winter zu kommen. An dieser Stelle möchte ich allen Menschen danken, die Impfangebote machen. Ich merke es immer wieder vor Ort: Es sind Sportvereine, Kirchengemeinden, natürlich Ärztinnen und Ärzte, die extra Sprechstunden anbieten. Es sind Kommunen, Feuerwehren und andere Einrichtungen. Diese Angebote werden genutzt, gerade im ländlichen Raum, wenn man die Leute kennt, geht man gemeinsam dorthin. Das sind ganz wichtige Angebote. In Bönningstedt habe ich das gerade neulich gehört - Herr Peter Lehnert nickt.

Nun gilt es also, in das neue Jahr zu schauen. Wie gehen wir jetzt weiter vor? - Wir beschließen heute die epidemische Lage. Die Landesregierung wird die Empfehlungen der Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz vom vergangenen

Freitag konsequent umsetzen. Ich kann für meine Fraktion sagen: Wir finden das uneingeschränkt richtig und gut. Ich weiß, dass das zum Beispiel für die Gastronomie zu neuen Belastungen führt. Wir finden es aber gerade richtig, auch hier bundeseinheitlich vorzugehen und auch in Schleswig-Holstein diese Regelung durchzuführen.

Auch kommunikativ stehen wir vor einem Problem. Bis vor Kurzem sollten die Türen für doppelt Geimpfte ohne Einschränkungen geöffnet sein. Nun braucht es den Booster. Das ist nervig und für viele in der Bevölkerung nicht mehr nachzuvollziehen. Es ist aber wichtig und nötig. Das Virus mutiert, das ist ein biologischer Fakt, auf den wir reagieren müssen, auch wenn das erneut zu Coronamaßnahmen in diesem Winter führt. Deshalb ist es richtig, die Maskenpflicht in Innenräumen auszuweiten, möglichst mit FFP2-Masken, bei Veranstaltungen weniger Menschen zuzulassen und den Sport genauso wie schon die Gastronomie mit einer 2-G-Plus-Regel sicherer zu machen. Und, meine Damen und Herren: Es ist gut, dass diese Regel erst ab 18 Jahren greift, weil wir Jugendlichen zum Beispiel die Sportmöglichkeiten nicht nehmen wollen.

Die Debatte um die Impfung und die Einschränkungen für ungeimpfte Personen führt zu zahlreichen Diskussionen und Protesten. Die Aggressivität der Proteste verschleiert dabei, dass dabei nicht die Mehrheit und schon gar nicht das Volk auf die Straße geht. Die Gruppen, die diese Aufmärsche inszenieren, haben nicht den Schutz unserer Freiheitsrechte im Sinn. Das Gegenteil ist der Fall: Sie nutzen die Unsicherheit und Angst von Menschen für ihre Zwecke. Ich bin sehr froh, dass der Verfassungsschutz hier genau hinschaut, wer sich da als Wolf im Schafspelz versteckt.

Nicht nur die Morddrohungen aus dieser Szene, beispielsweise gegen die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, geben hier Anlass zu Sorge. Wir haben bei dem feigen Mord an Regierungspräsident Walter Lübcke im Juni 2019 gesehen, wohin solche Hasskriminalität in den sozialen Netzen führt. Darum gilt ganz klar: Gegen rechten Hass und rechte Hetze setzen wir ein Stoppschild. Das ist nicht quer, das ist kriminell.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht alle, die unseren Appellen nicht folgen, in einen Topf schmeißen. Um die Pandemie wirksam zu bekämpfen, müssen wir mit den Menschen im Gespräch bleiben, gerade mit den kritischen. Alle Regeln, die

(Eka von Kalben)

wir vereinbaren - ob 1 G, 2 G, 3 G -, müssen verständlich sein, und sie müssen zumindest von der Mehrheit akzeptiert werden. Zuhören, Haltung zeigen, Argumentieren: Da dürfen wir nicht nachlassen, auch wenn es manchmal schon sehr nervt und mir bei manchen Positionen auch die Argumente ausgehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal einen Blick auf die Kinder und Jugendlichen richten. Wir wollen keine flächendeckenden Schließungen von Kitas und Schulen. Präsenz in Kita und Schule muss es weiterhin geben. Dafür müssen wir hier besondere Vorkehrungen treffen. Damit sich die Klassen nicht durchmischen, wird es Einschränkungen bei fächerübergreifendem Unterricht geben. Die Grundschulen gehen wieder in Kohorten. Fächer wie Sport und Musik, in denen die Ansteckungsgefahr besonders groß ist, werden in den nächsten 14 Tagen eingeschränkt stattfinden. Das bedauere ich insbesondere für den Bereich Musik.

Die Maskenpflicht wird bleiben. In der Schule werden alle dreimal pro Woche getestet, und in den Kitas - es freut mich sehr, Herr Minister, dass Sie es angekündigt haben - wird es auch für alle genesenen und geimpften Mitarbeiter eine Testpflicht geben und ein ausreichendes Angebot, das auch vom Land unterstützt wird. Das ist eine sehr wichtige und gute Nachricht für die Eltern, die Kinder in den Kitas haben, und für die Menschen, die dort arbeiten.

Wir haben in den letzten zwei Jahren immer wieder betont, wie wichtig es ist, dass Kinder und Jugendliche ihre sozialen Kontakte pflegen können. Deswegen sage ich: Es gibt immer diesen Zwiespalt. Natürlich gibt es Eltern, die sich große Sorgen machen und sich fragen: Wie ist nun bei Omikron der Verlauf für Kinder? Ist der wirklich nur wie bei einem Schnupfen? Können wir unsere Kinder guten Gewissens in Kita und Schule geben? - Sie haben es eben gesagt, Frau Midyatli. Wie wirkt die Impfung auf meine Kinder - da, wo sie überhaupt möglich ist?

Es ist eine wirklich herausfordernde Zeit für Eltern, aber auch für Erziehende. Mir ist wichtig, das hier zu betonen. Ihnen gilt unsere Anerkennung für die schwierigen Entscheidungen, die hier zu fällen sind.

Meine Damen und Herren, es ist aber nicht nur eine Frage der Sicherheit vor dem Virus, sondern - auch das haben wir bei der Anhörung im Landtag gehört - es geht auch um die Sicherheit vor seelischen Schäden, es geht um Bildungsgerechtigkeit, wenn

wir nicht in Präsenz bleiben. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass Präsenzunterricht und offene Schulen, solange wir nicht sämtliche Erwachsene in anderen Bereichen einschränken, oberste Ziele sein müssen.

Das bringt mich zu dem nächsten Aspekt, der sogenannten systemrelevanten Infrastruktur: dem Gesundheitswesen, der Polizei, der Feuerwehr, aber auch den vielen Betrieben, die für unser tägliches Leben nötig sind. Wenn wir ehrlich sind, betrifft das fast alle Arbeitsbereiche. Ich finde die Frage schwierig, ob man systemrelevant ist. Der Bereich Kultur zum Beispiel wurde lange Zeit nicht als systemrelevant angesehen. Diese Unterscheidung ist schwierig.

Wir kennen die Prognosen, die schlechtesten Szenarien: Breite Teile der Bevölkerung werden gleichzeitig krank, bleiben zu Hause, und Teile der Infrastruktur funktionieren nicht mehr.

Ja, es gibt Notfallpläne, besonders bei den Einrichtungen der allgemeinen Daseinsvorsorge. An vielen Stellen wird in Kohorten gearbeitet. Es ist wichtig, hier denen zu danken, die jetzt viel Arbeit in neue Einsatzpläne gesteckt haben, und denen, die Mehrarbeit in Kauf nehmen oder ihren Urlaub verschieben müssen, um das System am Laufen zu halten.

Trotzdem können wir nicht ausschließen, dass es auch im Januar zu Engpässen kommen kann. Das werden wir aushalten. Die neue Quarantäneverordnung, die diese Woche im Bundestag verabschiedet werden soll, wird dabei helfen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Auch wenn uns Omikron jetzt zu erneuten Verschärfungen zwingt, ist diese Mutation auch mit Hoffnung verbunden, weil diese Variante zwar ansteckender ist als Delta, sie dafür aber nach jetzigem Erkenntnisstand mit einem mildereren Krankheitsverlauf und einem geringeren Hospitalisierungsrisiko einhergeht. Omikron könnte - man kann im Moment leider immer nur von „könnte“ und „hoffentlich“ sprechen - somit das Ende der epidemischen Lage einläuten. Sicher ist das nicht. Deshalb dürfen wir nicht übermütig werden. Aber zumindest gibt es ein Licht am Ende des Tunnels, wir wissen nur noch nicht, wie lang der Tunnel genau ist.

Jetzt gerade herrscht Schietwetter, und die Prognose sagt, es wird stürmisch. Was machen wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner? Wir ziehen uns warm an, warnen Nachbarinnen, Nachbarn, Freundinnen und Freunde und bestehen

(Eka von Kalben)

gemeinsam den Sturm. Bangbüx sein ist nicht unser Motto. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Vorsitzender, der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich wünsche Ihnen trotz des schwierigen Starts alles Gute für das Jahr 2022. Ich danke dem Herrn Gesundheitsminister für die Regierungserklärung, drücke dem Ministerpräsidenten die Daumen, dass er sich nicht infiziert hat, und beglückwünsche den Landtagspräsidenten zur Genesung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es wurde schon beschrieben - die Omikronvariante des Coronavirus hat sich in Deutschland später ausgebreitet als in vielen anderen westlichen Staaten. Dafür ist diesmal der Norden erkennbar zuerst dran. Schleswig-Holstein ist durch Omikron nach Bremen und Berlin neben Hamburg und Brandenburg zu einem der Bundesländer mit der höchsten Inzidenz geworden, und das binnen kürzester Zeit. Das ist mit Blick auf die Lage zu Dänemark nicht besonders überraschend, aber die Diskoveranstaltungen rund um Weihnachten haben die Omikronausbreitung in Schleswig-Holstein leider beschleunigt.

Es ist klar, es war ein Fehler, diese nicht schon einige Tage vorher zu unterbinden. Ich bedauere dies sehr; es tut mir leid für die Betroffenen, die dadurch über den Jahreswechsel entsprechende Unannehmlichkeiten hatten. Das würde man heute mit Sicherheit anders entscheiden; das sage ich ganz deutlich.

Aber Schleswig-Holstein hat den MPK-Beschluss zum 28. Dezember 2021 umgesetzt. Der Lübecker Bürgermeister liegt hier falsch mit seiner Behauptung. Es gab rechtliche Hürden zur Schließung von Diskotheken - auch das ist beschrieben worden -, sodass wir mit entsprechenden Auflagen lediglich eine De-facto-Schließung vornehmen konnten. Der Gesundheitsminister hat darauf hingewiesen, dass das funktioniert hat.

Wir müssen leider feststellen: In diesen Partysettings schützt bei Omikron offensichtlich leider auch 2 G Plus nicht vor zahlreichen Ansteckungen. Die Quote ist in einigen Diskotheken enorm hoch gewe-

sen, was vermutlich auch an der Zuverlässigkeit einiger Schnelltests bei dieser Variante liegt. Darüber muss jetzt auf Bundesebene sehr schnell Klarheit geschaffen werden. Der Bundesgesundheitsminister hat gestern darauf hingewiesen. Da geht es um die Themen Proteine, Viruslast. Das Paul-Ehrlich-Institut hat schon eine Analyse vorgelegt. Sie wird noch weiter verbessert.

Auch mit Blick auf einige Wortbeiträge hier sage ich deutlich: Schnelltests sind enorm wichtig. Lassen Sie uns nicht den Eindruck erwecken, dass das alles nichts bringe. Jetzt muss geguckt werden, ob einige aus der Liste aussortiert werden müssen und welche weiter funktionieren. Diese müssen weiter angewendet werden. Das ist ein ganz wichtiges Instrument für die Sicherheit der Menschen in den nächsten Wochen.

(Vereinzelter Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Experten des Landes - auch das gehört zur Wahrheit dazu - haben diese Entwicklung mit Blick auf die Diskotheken nicht kommen sehen. Ich will nur darauf hinweisen. Natürlich ist die Omikronvariante eine neue Herausforderung. Dass Partys in einer Pandemie grundsätzlich das Risiko mit sich bringen, dass man sich ansteckt, war allen Beteiligten hoffentlich immer klar; uns jedenfalls war das immer klar. Ob bei allen Veranstaltungen alle Regeln eingehalten wurden - Frau Midyatli hat das hier in den Raum gestellt -, da bin ich nicht ganz sicher; das wird sich vermutlich noch herausstellen.

Ich habe Verständnis dafür, dass junge Menschen auch in dieser Zeit feiern gehen wollen. Deshalb würde ich nicht sagen, die jungen Leute seien selber schuld. Es gibt natürlich ein Risiko, es gibt eine Eigenverantwortung. Wir haben die Entwicklung ehrlicherweise so nicht kommen sehen; deswegen reagieren wir jetzt.

Bei der Deltavariante haben die vielen Veranstaltungen mit 3 G, später 2 G und dann 2 G Plus gut funktioniert. Es war deshalb richtig, im Sommer 2021 einen Modellversuch, der bundesweit Beachtung gefunden hat, durchführen zu lassen.

Jetzt steht die arg gebeutelte Branche allerdings vor ganz neuen Herausforderungen. Ich weiß, dass sich viele Betreiber Gedanken machen, wie es in Zukunft weitergehen soll. Diese Branche ist so stark gebeutelt wie keine andere. Die Unternehmen sind in ihrer Existenz gefährdet. Deswegen haben wir nicht leichtfertig gehandelt; es stehen immer auch Schicksale dahinter.

(Christopher Vogt)

Wir sehen in anderen Ländern mittlerweile sehr deutlich, dass sich Omikron rasend schnell ausbreitet, aber im Durchschnitt eindeutig zu mildereren Verläufen führt. Das bedeutet eine ganz neue Phase in dieser Pandemie. Omikron lässt sich nicht aufhalten, sondern nur ausbremsen. Wir sind deshalb gut beraten, die verschiedenen Maßnahmen weiter darauf einzustellen, damit unser Gesundheitssystem auch diese Herausforderung bewältigen kann.

Deshalb stellen wir heute - befristet auf drei Monate - die epidemische Lage für Schleswig-Holstein fest. Das hätten wir ehrlicherweise gern vermieden. Es ist aber leider notwendig, um zum Beispiel Diskotheken rechtssicher schließen zu können. Ich halte es für richtig, dass die Bundesländer nach dem Infektionsschutzgesetz diesen Schritt zur Ermöglichung bestimmter Maßnahmen gehen können, die Bund und Länder in den letzten Tagen gemeinsam angekündigt haben.

Herr Kollege Koch, wer darüber hinaus immer wieder massiv die Wiederherstellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite einfordert, sollte auch offen sagen, welche Maßnahmen damit konkret umgesetzt werden sollen.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

Sie haben gesagt, wenn alle Bundesländer das gemacht hätten, sollte das auch der Bund machen. - Das kann man so sehen, wenn man sich nur an dem Begriff festhält. Ich möchte einmal auf das Infektionsschutzgesetz hinweisen. Das ist nicht nur ein politisches Symbol, wie es auch einige Journalisten bundesweit immer wieder darstellen, nach dem Motto, man habe das falsche Signal gesendet. Es ist nicht nur ein Symbol, sondern es geht konkret um die Ermächtigung der Regierung, Kitas, Schulen, Einzelhandel, Restaurants, Hotels oder Sportanlagen zu schließen. Das geht weit über das hinaus, was Sie hier mit der Feststellung der epidemischen Lage auf Landesebene machen. Das muss man wissen, das muss man den Menschen auch sagen. Zudem kann man damit Reisen und Versammlungen verbieten oder auch Ausgangssperren beschließen.

Ich sage ganz deutlich: Ich höre momentan so gut wie niemanden, der auch nur eines davon in der Konsequenz haben will. Also ist es momentan richtig, dass man das noch nicht feststellt.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, Frau von Kalben, man kann das natürlich prophylaktisch machen. Ich sage nur: Das ist etwas mehr als ein Symbol nach dem Motto: Das sollte

man einfach einmal machen, das ist doch schon. - Nein, das ist ein ganz, ganz scharfes Schwert. Deswegen finde ich es richtig, dass man sehr genau darüber nachdenkt, ob man das macht. Gerade für die Eltern haben die Themen Kita und Schule eine besondere Bedeutung. Deshalb sage ich: Es ist ein Unterschied, und man sollte sehr vorsichtig damit umgehen. Das ist mein Punkt.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

Frau Midyatli, anders als sonst werde ich mich heute auch nicht an der Opposition abarbeiten. Ich stelle nur fest: Der eigentliche Paradigmenwechsel in der Landespolitik mit Blick auf die Coronapolitik hat im Herbst eigentlich bei der SPD-Fraktion stattgefunden. Ich war gewohnt, dass Herr Dr. Stegner mir bei den Appellen im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit immer beigeprungen ist. Die SPD-Fraktion hat sich dafür entschieden, in der Coronapolitik jetzt schärfer zu sein. Das ist ihr gutes Recht. Ich stelle das nur fest.

Meine Damen und Herren, es steht außer Frage: Die nächsten Wochen werden uns alle noch einmal erheblich herausfordern. Ich denke dabei vor allem an die kritische Infrastruktur, an die Familien mit Kindern in Kitas und Schulen, aber auch an die vielen kleinen und mittleren Unternehmen und oder die älteren Menschen.

Krankenhäuser und die Organisationen des Katastrophenschutzes arbeiten längst an Notfallplänen oder haben diese bereits in der Umsetzung. Die aktuelle Situation erinnert einige Menschen - so hört man manchmal - zumindest teilweise an den Beginn der Pandemie, aber zum Glück fangen wir nicht mehr bei null an - bei Weitem nicht.

Die Sterblichkeitsrate bei Covid-19 sinkt immer weiter - gerade bei den besonders gefährdeten hochbetagten Menschen. Frau Midyatli, ich will nur darauf hinweisen - ich glaube, Sie haben das gar nicht so gemeint -: Man kann ja fast sagen, je älter die Menschen sind, desto höher ist die Impfquote. Zum Glück gibt es in Schleswig-Holstein gerade bei den Menschen über 60 und bei den Hochbetagten eine enorm hohe Impfquote. Deshalb ist die Lage so, wie sie ist. Deshalb haben wir das Glück, dass diese Menschen durch diese Krankheit nicht mehr so stark vom Tod bedroht werden.

Die Impfungen helfen massiv. Wir sollten deshalb weiter dafür werben.

Auch die Behandlungsmethoden sind deutlich besser geworden. Unter dem Strich sind das richtig gute Nachrichten und große Fortschritte.

(Christopher Vogt)

Bald werden sicherlich auch Medikamente zum Einsatz kommen, um bei besonders gefährdeten Infizierten schwere Verläufe zu verhindern. Auch wenn der Kollege Dr. Dolgner im Dezemberplenium noch davor gewarnt hat, sage ich: Die Bundesregierung hat entsprechende Bestellungen in Millionenhöhe - so habe ich zumindest gelesen - vorgenommen. Deshalb glaube ich, dass sie in Deutschland bald zum Einsatz kommen werden. Alles andere wäre komisch.

Es muss jetzt einmal mehr besonders um den Schutz der besonders gefährdeten Menschen zum Beispiel in den Pflegeheimen gehen. Schleswig-Holstein hat dazu bereits wieder sehr umfassende Schutzmaßnahmen getroffen. Das ist richtig so.

Es muss aber auch um unsere Kinder und Jugendlichen gehen, die trotz relativ geringer Gefährdung leider immer wieder eine Hauptlast bei der Pandemiebekämpfung tragen müssen. Das sollten wir auch in dieser Phase nicht vergessen. Schulen und Kitas mit guten Sicherheitskonzepten müssen möglichst geöffnet bleiben. Das wird ohne Frage in den nächsten Wochen während der Omikronausbreitung eine Herausforderung werden. Das stellen wir fest, wenn wir in andere Länder schauen. Wir sehen zum Beispiel in Frankreich, dass das ein Problem ist.

Es geht ja auch um das Recht auf Bildung. Kinder brauchen eben auch Kinder.

Meine Damen und Herren, das Thema der psychischen Gesundheit wurde uns gerade wieder durch eine bundesweite Studie vor Augen geführt, nach der die Suizidversuche bei Kindern im Lockdown 2021 erschreckend zugenommen haben. Ich muss ganz ehrlich sagen - nicht nur, weil ich Familienvater bin -: Mich lässt auch das alles andere als kalt. Ganz im Gegenteil. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Das muss uns besorgen. Deshalb sage ich: Solange es verantwortbar ist, die Schulen und die Kitas offen zu haben, müssen sie auch geöffnet bleiben.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Wolfgang Baasch [SPD])

Wir haben bei den Testungen nachgearbeitet und werden gegebenenfalls weiter verbessern, wenn das möglich und sinnvoll ist.

Zum Thema PCR - auch das höre ich immer wieder - haben wir heute wieder festgestellt, es gibt ein Problem mit den Laborkapazitäten und dem zeitlichen Rahmen - gerade bei Omikron. Ich verstehe alle Wünsche, dass verbessert werden soll. Was

man tun kann, sollte man machen. Aber wir sollten nicht ins Schaufenster stellen, was nicht leistbar ist.

Ich bin auch nach wie vor für den Einsatz von Luftfiltern, über die zwischen Bund, Ländern und Kommunen rauf- und runterdiskutiert wird. Ich kenne die Bedenken. Ich bin allerdings der Meinung: Auch unabhängig von einer Pandemie kann es nicht schlecht sein, die Luft in Kitas und Schulen zu verbessern. Luftraumqualität ist auch nach einer Pandemie wichtig. Deshalb sage ich: Lassen Sie uns alle pragmatisch sein. Was man machen kann, sollte man tun.

(Vereinzelter Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Hochschulen haben in Schleswig-Holstein bereits überwiegend wieder auf digitale Lehrveranstaltungen umgestellt. Das ist deutlich einfacher als an den Schulen und hat in den letzten Semestern auch besser geklappt als befürchtet. Ideal ist das bei Weitem trotzdem nicht. Deshalb sollte dieses Semester aus unserer Sicht wieder ein Freisemester - mit den entsprechenden Freiversuchen bei den Prüfungen - sein. Das wäre nur fair gegenüber den Studierenden, die während der Pandemie nicht allzu sehr im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit standen, wenn man ehrlich ist. Es gab Gruppen, die - zu Recht - eine besondere Aufmerksamkeit hatten. Auch die Studierenden haben während der Pandemie viel Verantwortung übernommen und Flexibilität absolut verdient. Deswegen sollten wir das machen. Ich habe heute auch gehört, dass das auf Bundesebene zwischen den Bundesländern besprochen wird, dass es wahrscheinlich eine Lösung gibt. Ich halte das für richtig, denn auch diese Menschen haben das Recht, ihr Studium trotz der Pandemie vernünftig zu beenden.

(Vereinzelter Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schauen wir derzeit ins Ausland, stellen wir fest, es gibt große Hoffnung, dass die Omikronausbreitung unser Gesundheitssystem stark belasten, aber nicht überlasten wird, wenn wir entsprechende Maßnahmen ergreifen. Hier gelten strengere Maßnahmen als zum Beispiel in Großbritannien oder Dänemark.

In Dänemark ist die Impfquote höher. Dänemark hat frühzeitig auf mRNA-Impfstoffe gesetzt. Sie erinnern sich. AstraZeneca wurde dann, weil es in Dänemark nicht mehr eingesetzt wurde, nach Deutschland geschickt. Dafür waren wir dankbar. Dänemark hat also etwas andere Parameter.

(Christopher Vogt)

In Großbritannien ist offenbar die Zahl der Genesenen deutlich höher als in Deutschland. Insofern bleibt die Frage, was passieren wird, wenn Omikron deutsche Regionen mit weniger Geimpften erreichen wird als Nordwestdeutschland, was nur eine Frage der Zeit ist. Das betrifft vor allem den Osten und den Süden der Republik.

Nicht nur vor diesem Hintergrund war ich ein wenig überrascht, dass die Union die MPK-Vereinbarungen als unzureichend kritisiert hat, gleichzeitig aber unionsgeführte Bundesländer wie Sachsen-Anhalt und Bayern nicht alle Maßnahmen umsetzen wollen. Auch die CDU-Landtagsfraktion hat heute bekannt, dass 2 G Plus nicht der Weisheit letzter Schluss sei. Darüber wird sicherlich zeitnah zu reden sein. Ich war über die Begründung von Herrn Haseloff überrascht, der sagte, Omikron sei in Sachsen-Anhalt bisher nicht so vorhanden. Da muss ich ganz ehrlich sagen: Mit Blick auf die Landkarte und die Entwicklungen in Berlin und Brandenburg ist das eine erstaunliche Feststellung. Ich bin gespannt, wie das dort in den nächsten Wochen weitergeht.

Ich weiß, die CDU-Fraktion sieht das durchaus differenziert. Deshalb kann ich es ansprechen. Auch Herr Söder meint, er bleibe „im Team Vorsicht mit Augenmaß“. Das Augenmaß ist aber, ehrlich gesagt, in Bayern neu.

Eine Sache stört mich gewaltig. Wie Hamburg hat Bayern nachweislich eine Zeitlang mit falschen Daten - nämlich bei den Inzidenzwerten für Geimpfte und Ungeimpfte - argumentiert und damit leider für einen massiven Vertrauensverlust in der Bevölkerung gesorgt. Noch schlimmer finde ich, dass dieser Fehler bisher auf öffentlichen Druck hin sehr kleinlaut von den zuständigen Behörden korrigiert wurde, aber von den Herren Ministerpräsidenten, die dafür zuständig sind, dazu öffentlich nichts erklärt wurde.

Bei der Pandemiebekämpfung passieren Fehler. Auch uns passieren Fehler, wie wir heute gemeinsam wieder festgestellt haben. Ich habe den Eindruck, dass die Bürgerinnen und Bürger dafür Verständnis haben, wenn diese erkannt, erklärt und abgestellt werden. Wir sollten in diesen Wochen aber schon sehen: Der Frust und das Unverständnis in der Bevölkerung nehmen spürbar zu. Deshalb ist es nach rund zwei Jahren Pandemie umso wichtiger, dass die Maßnahmen sinnvoll und verhältnismäßig gestaltet, entsprechend verständlich kommuniziert und Fehler entsprechend erklärt oder korrigiert werden und das öffentlich geschieht. Ansonsten führt das zu zusätzlichem Frust.

Ich will noch ein weiteres Thema ansprechen. In Deutschland mangelt es wahrlich nicht an Bürokratie. Das ist auch während der Pandemie nicht besser geworden - ganz im Gegenteil. Es werden zwar so viele Daten wie wahrscheinlich noch nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik gesammelt, aber diese werden leider nicht so verarbeitet, dass wir einen richtig guten Überblick über das jeweilige Pandemiegeschehen haben, um möglichst zielgenau reagieren zu können. Meines Erachtens werden bundesweit auch immer noch zu wenige Studien durchgeführt, sodass allzu oft auf Erkenntnisse aus anderen Staaten zurückgegriffen werden muss. Das ist weiterhin verbesserungswürdig. Das ist ein Thema, das ich ganz oft von Bürgerinnen und Bürgern, die fragen: Warum kriegt man es nach zwei Jahren nicht besser in den Griff, dass man einen Überblick hat? Dass an Weihnachten weniger Menschen getestet werden, versteht eigentlich jeder, der sich damit ein bisschen beschäftigt. Aber dass wir zu wenige Studien haben, zu wenige Daten zusammenbringen und immer nur nach Israel, in die USA oder nach Großbritannien schauen müssen, ist meiner Ansicht nach ein Problem. Das müssen wir dringend abstellen.

(Vereinzelter Beifall FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Hospitalisierungsrate, die einmal ganz wichtig war, dann wieder weniger wichtig war, wird jetzt wahrscheinlich wieder eine größere Rolle spielen. Wenn sie wirklich aussagekräftig sein soll, sollte auch klar getrennt werden nach Covid-19 als Hauptdiagnose und als Nebendiagnose. Das ist auch in anderen Ländern und Staaten ein Problem. Darauf sollten wir achten, damit wir einen wirklichen Überblick über die Situation haben.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Die pandemiebedingten Belastungen sind für viele Menschen sehr hoch. Ich höre immer öfter, dass viele die Nachrichten gar nicht mehr richtig verfolgen mögen, weil sie die ganzen schlechten Nachrichten nicht mehr hören mögen. Das ist menschlich sicher verständlich, muss uns aber als Vertreterinnen und Vertreter der demokratischen Parteien bewegen. Es macht wenig Sinn, ständig neue Maßnahmen anzukündigen, bevor die verabredeten überhaupt beschlossen worden sind. Auch das ist aktuell der Fall. Herr Lauterbach hat gestern schon wieder neue Maßnahmen gefordert, ohne dass wir hierüber überhaupt abstimmen konnten.

Meine Damen und Herren, viele Menschen in der Gastronomie und im Kulturbereich bangen erneut

(Christopher Vogt)

um ihre wirtschaftliche Existenz. Ich glaube, das können sich viele gar nicht vorstellen, die ein gesichertes Einkommen haben.

Auch in anderen Bereichen sind viele Menschen stark belastet, auch psychisch. Es ist wirklich beeindruckend, was viele Menschen dennoch jeden Tag für unsere Gesellschaft leisten: als Beschäftigte im Gesundheits- und im Bildungswesen, aber auch bei den Ordnungsämtern oder bei der Polizei. Wenn man mit Polizisten spricht, die auf Demonstrationen eingesetzt sind, hört man, was die sich teilweise bieten lassen müssen, weil sie dort als Repräsentanten des Staates stehen. Das ist schon heftig. Das gilt übrigens auch für Menschen in Testzentren. Auch dort geht es teilweise ganz schön zur Sache. Deshalb müssen wir meines Erachtens sehr aufpassen, dass wir nicht in so eine Art - ich nenne das einmal drastisch so - gesellschaftlichen Burnout schlittern, sondern es ist ganz wichtig, dass wir den Menschen, die den Laden hier am Laufen halten, so gut es geht den Rücken stärken.

(Vereinzelter Beifall FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dazu gehört auch - die Kollegin von Kalben hat es angesprochen -, dass wir denjenigen, die gezielt Unsinn verbreiten, Hass schüren und Gewalt androhen oder anwenden, entschieden entgegentreten. Genauso wichtig ist mir, dass wir mit denjenigen, die verunsichert, genervt oder schlichtweg mit verschiedenen Maßnahmen nicht einverstanden sind, unbedingt in einem Dialog bleiben. Wir dürfen uns den Diskurs nicht weiter von einzelnen Leuten vergiften lassen. Das ist momentan eine Entwicklung, die mich sehr besorgt.

Natürlich ist das nicht einfach. Auch unsere Parteien können seit zwei Jahren nicht mehr so arbeiten, wie man es gewohnt ist. Videokonferenzen können nicht alle Veranstaltungsformen ersetzen. Das hat natürlich neben dem hohen Tempo der Entscheidungen auch negative Auswirkungen auf den Prozess der politischen Bildung. Es nützt aber alles nichts.

Deshalb müssen wir uns stets um Verhältnismäßigkeit bemühen, um Akzeptanz werben und dazu beitragen, dass die demokratische Diskussionskultur in unserem Land wieder verbessert wird. Dazu gehört auch eine entsprechende Rhetorik. Ich bin manchmal überrascht davon, dass viele Menschen sich darüber wundern, dass die Esoterik in unserem Land so weit verbreitet ist. In einem Land, in dem Zuckerkügelchen von den meisten Krankenkassen finanziert werden, sollten wir nach der Pandemie

auch selbstkritisch darauf schauen, wie ernst wir die Wissenschaften nehmen - auch in den tradierten Parteien.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen: Trotz der Herausforderungen müssen wir die Belastungen für unsere Wirtschaft möglichst gering halten. Deshalb ist es richtig, dass bei den Wirtschaftshilfen für die betroffenen Unternehmen noch einmal nachgebessert wurde. Wir sind ja mittlerweile bei der Überbrückungshilfe IV angekommen. Es ist auch richtig, dass die Quarantäneregelungen vor dem Hintergrund der Erkenntnisse zu Omikron sinnvoll angepasst werden. Ich danke Heiner Garg zusammen mit einigen weiteren Kolleginnen und Kollegen für die Initiative, das möglichst früh auf den Weg zu bringen, damit das hoffentlich jetzt sehr, sehr schnell in Berlin beschlossen werden kann. Das ist für unsere Wirtschaft, aber auch für die kritische Infrastruktur und für viele Familien in unserem Land wichtig.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Die Ausweitung der Maskenpflicht ist als mildestes Mittel für viele Bereiche in den kommenden Wochen der richtige Weg. Die Booster-Kampagne war in Deutschland, vor allem auch in Schleswig-Holstein, bisher ziemlich erfolgreich. Auch das gilt es aus meiner Sicht zu betonen. Das sollten wir fortsetzen. Dafür wäre es hilfreich, mehr Klarheit über die Impfstofflieferungen, als das teilweise in der letzten Woche der Fall war, zu haben. Das hat aus meiner Sicht für unnötige Verunsicherung gesorgt und dazu geführt, dass viele sich haben noch nicht impfen lassen, obwohl sie das eigentlich vorhatten.

Natürlich ist es wichtig, dass alle Parteien trotz der aktuellen Situation in den nächsten Wochen ihre Bewerberinnen und Bewerber für den kommenden Landtag rechtssicher aufstellen können. Auch das werden wir heute beschließen.

Meine Damen und Herren, einige Experten haben vorausgesagt, dass die Omikronwelle den Übergang in die endemische Lage bringen wird. Das hoffe ich auch sehr, wobei ich einräumen muss, dass ich daran noch gewisse Zweifel habe. Klar ist aber auch, dass wir auf den nächsten Winter besser vorbereitet sein sollten, als wir das zuletzt waren. Wir müssen aus dieser Dauerschleife herauskommen und lernen, mit dem Virus zu leben. Das ist mittlerweile Konsens. Deshalb brauchen wir eine Strategie auf dem Weg in die endemische Lage.

(Christopher Vogt)

Die Debatte über eine mögliche Impfpflicht bewegt viele Bürgerinnen und Bürger. Man merkt das auch an den Zuschriften. Sie bewegt aber auch die Politik. Das liegt nicht nur daran, dass sie lange Zeit von nahezu allen Parteien ausgeschlossen wurde, sich dann aber eine sehr plötzliche Kehrtwende in mehreren Parteien durchgesetzt hat, sondern auch an den schwierigen Fragestellungen, die damit zweifelsohne verbunden sind. Anders als einige Ministerpräsidenten bin ich schon der Meinung, dass das im Parlament breit diskutiert werden muss. Es ist deshalb richtig, dass der Bundestag bald in einer ersten Runde offen darüber debattieren wird und dabei dann Pro und Kontra entsprechend auf den Tisch kommen.

Das ist in meinen Augen auch ganz klar eine ethische Frage - das kann man anders sehen, aber ich sehe das ganz eindeutig so -, und es ist epidemiologisch und juristisch ziemlich komplex. Ich bewundere alle, die dazu eine ganz klare Haltung haben, auch wenn sie noch keinen Vorschlag zur Umsetzung haben. Sie sagen: Das kommt auf jeden Fall, das muss kommen.

Ich bin da ein bisschen skeptischer. Die Impfstoffe werden sicherlich angepasst werden müssen. Die Umsetzung wird alles andere als einfacher werden. Es wird sich auch die Frage stellen: Für welchen Personenkreis? Italien hat jetzt die Impfpflicht ab einem Alter von 50 Jahre beschlossen. All das muss jetzt in Deutschland diskutiert werden. Ich bin ehrlich gesagt froh, dass das am Ende im Deutschen Bundestag und nicht im Landtag entschieden wird. Es bleibt eine schwierige Frage.

Abschließend will ich sagen: Anders als eine Jury von Sprachkritikern kürzlich meinte, ist Eigenverantwortung in meinen Augen keine Floskel, sondern nach unserer Auffassung ein nach wie vor entscheidender Bestandteil des Fundaments unserer Gesellschaft. Ohne den großen Sinn der Bürgerinnen und Bürger für die Eigenverantwortung wären wir bisher nicht so glimpflich durch diese Pandemie gekommen. Auch das sollte man betonen. Auch das große Wort der Freiheit dürfen wir nicht denjenigen überlassen, die diese in Wahrheit mit Füßen treten wollen.

Meine Damen und Herren, es wird uns noch einiges abverlangt werden, aber es gibt keinen Grund zur Panik, sondern zur Vorsicht. Es gibt auch Anlass zu Optimismus, dass wir in diesem Jahr das Schlimmste hinter uns haben werden. Wir sollten aber auch nicht vergessen, dass eine Pandemie ein globales Ereignis ist, das global bekämpft werden muss. Deutschland hat eine Verantwortung. Nach

den USA haben wir die zweitmeisten Impfdosen nach Afrika gespendet, aber auch da gibt es noch viel Luft nach oben.

Behalten wir also weiter die Nerven, bleiben wir konzentriert, konsequent, offen und dialogbereit, dann werden wir gemeinsam auch diese Krise absehbar bewältigen. - Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Kære Klaus, lieber Landtagspräsident Klaus Schlie, auch von uns vom SSW: Herzlich willkommen zurück! Wir sind froh, dass es dir wieder gut geht, und an einem so besonderen Tag, an dem der Schleswig-Holsteinische Landtag zu einer Sondersitzung zusammenkommt, ist es etwas Besonderes, dass unser Landtagspräsident wieder gesund ist. Von unserer Seite aus: Herzlich willkommen zurück, lieber Klaus!

(Beifall)

Nicht allein die aktuellen Beschlüsse der Bund-Länder-Konferenz, vielmehr die Ausbreitung der Omikronvariante und die notwendigen Vorkehrungen für Schleswig-Holstein machen diese Sitzung erforderlich. - Meine Redezeit?

(Zurufe: Gibt keine! - Weitere Zurufe und Heiterkeit)

- Okay, dann rede ich, bis ich fertig bin. Gut, alles klar.

Präsident Klaus Schlie:

Immer frei zu.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Seit gut zwei Jahren kämpfen wir mit den Auswirkungen des Coronavirus - auf verschiedenen Ebenen, im medizinischen Bereich, im Wirtschaftsreich, im sozialen Bereich sowie in der Politik. Corona verlangt uns viel ab. Je länger es andauert, desto schwieriger wird es. Wir haben gelernt, darauf zu reagieren und entsprechende Maßnahmen daraus abzuleiten - nicht immer übersichtlich und viel-

(Jette Waldinger-Thiering)

leicht auch nicht immer verständlich genug: Wann gilt was und warum oder warum nicht?

Für uns als Politik sind notwendige und auch einschränkende Maßnahmen eine Konsequenz, um die Ausbreitung des Coronavirus zu bremsen, aber in erster Linie sind sie dazu da, die Bevölkerung zu schützen. Diese Entscheidungen fällt die Politik aber nicht aus dem Bauch heraus. Expertinnen und Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen stehen der Politik beratend zur Seite. Ich erinnere daran, dass es hier im Landtag dazu extra eine breit angelegte Expertenanhörung gab.

Schleswig-Holstein ist mit seinen Maßnahmen verhältnismäßig gut durch das letzte Jahr gekommen. Das Frühjahr und insbesondere der Sommer haben die Infektionsrate niedrig gehalten, und es ist eine gewisse Leichtigkeit im Zusammenhang mit dem Virus aufgetreten. Schleswig-Holstein hatte im Bundesvergleich gute Zahlen. Die Landesregierung ist nicht müde geworden, darauf hinzuweisen, wie gut wir dastehen. Zum Lernen im Umgang mit Corona gehört auch, dass sich das Virus und seine Ausbreitungsfähigkeit verändert: von der Alpha- zu der Delta- und nun zur Omikronvariante. - Und hier liegt der Fehler: Die Lehren daraus wurden nicht gezogen. Bereits im Herbst wurde auf die einbrechende Welle hingewiesen, und es wurde davor gewarnt. Omikron hatte sich immer weiter in den europäischen Nachbarländern und den anderen Bundesländern ausgebreitet.

Ich möchte einmal an meine Kolleginnen und Kollegen, die gerade nur Dänemark genannt haben, gerichtet sagen: Das kam nicht nur aus Dänemark, UK und weitere Länder waren auch dabei.

Es ist nicht ausreichend, mit dem Finger auf andere Nachbarländer zu zeigen, aus denen es kam. Ich denke mir: Das Virus ist da, und wir müssen unsere Konsequenzen und Verhaltensmaßnahmen daraus ziehen.

Schleswig-Holstein war lange Zeit noch weitgehend unberührt. So wurden auch entsprechende Vorkehrungen weitgehend außer Acht gelassen. Heute wissen wir: Es war eine fatale Fehleinschätzung. Hier hat die Landesregierung eindeutig zu spät reagiert.

(Beifall SSW)

Die Landesregierung muss sich die Frage gefallen lassen: Wie viele Infektionen hätten verhindert werden können, wenn Jamaika rechtzeitig und angemessen reagiert hätte? Ich weiß: Im Nachhinein ist es immer leicht gesagt, was alles hätte getan wer-

den müssen. Aber so leicht will ich es der Landesregierung hier nun auch nicht machen.

Wir als SSW haben unmittelbar nach der Schließung der Impfzentren einen Antrag zur Coronatest- und -impfstrategie mit der Forderung gestellt, die Teststellen vorläufig bis März dieses Jahres kostenfrei offen zu lassen. Wir haben im Antrag klargestellt, dass der Zugang zur Drittimpfung unkompliziert sein muss und dass mobile Impfangebote vorgehalten werden müssen, um die Impfquote zu erhöhen. Denn es macht durchaus einen Unterschied, ob ich geimpft und geboostert bin. Leider wurde unser Antrag mehrheitlich abgelehnt. Testen und Impfen waren die Forderungen des SSW bereits im Herbst 2021.

(Beifall SSW)

Also nix mit „Hätte, hätte, Fahrradkette“ oder Schlaumeierei - nein, hier hat die Landesregierung bereits im Herbst 2021 die Situation deutlich unterschätzt. Die Landesregierung zwischen den Meeren hat die Omikronwelle nicht kommen sehen. Bei uns in Schleswig-Holstein galten in der Adventszeit und rund um die Weihnachtsfeiertage andere Regelungen als in den übrigen Bundesländern: Es gab keine Ausrufung der epidemischen Notlage; Bars und Clubs hatten geöffnet; es gab relativ großzügige Obergrenzen bei Veranstaltungen, jedoch keine Pflicht mehr zur Erfassung von Kontaktdaten.

Dass es nun in mehreren Clubs zu zahlreichen Ansteckungen kam und sich in der Folge mehrere tausend Menschen in Quarantäne begeben mussten, kann nun wirklich niemanden überraschen.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schlauberger hin oder her - die Auswertung von Kontaktverfolgungsdaten hat uns schon frühzeitig gezeigt, dass Bars und Clubs mit zu den Hauptinfektionsherden zählen, was angesichts des dichten Gedränges dort kaum verwundern kann. Dass dies überhaupt zulässig war, hat für große Verwunderung in der Bevölkerung gesorgt. Der Hinweis auf Kontaktbeschränkungen und die Zehnpersonenregelung im privaten Bereich stehen hier im absoluten Gegensatz zu dem, was in den Diskos und Clubs erlaubt war.

(Christopher Vogt [FDP]: 2 G Plus!)

Hier würde ich mir ein deutlicheres Eingeständnis vonseiten der Landesregierung dahin gehend wünschen, dass es vor Weihnachten eine Fehleinschätzung der Situation gab.

(Jette Waldinger-Thiering)

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wurde doch gesagt!)

Sich darauf zurückzuziehen, dass es im Vorfeld dafür keine Lage und rechtliche Handhabe gab, ist nämlich nicht nachvollziehbar. Das hätte die Landesregierung sehen müssen, und sie hätte entsprechend vorsorglich handeln müssen.

(Zurufe Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christopher Vogt [FDP])

Doch die Landesregierung hat sich gerade zur Adventszeit weggeduckt und keine neuen Maßnahmen veranlasst, wie der SSW sie beispielsweise angeregt hatte. So konnte das Infektionsgeschehen seinen Lauf nehmen, und plötzlich ist Schleswig-Holstein eines der Bundesländer, das mit am stärksten von der Omikronvariante betroffen ist.

Mit der Feststellung der epidemischen Notlage sollen nun aber endlich auch bei uns alle Diskotheken und ähnliche Einrichtungen geschlossen werden. Das ist eine überfällige Entscheidung, die die Landesregierung vor den Feiertagen zu treffen leider versäumt hat. Die daraus resultierende Entwicklung gilt es nun gemeinsam wieder einzufangen. Daher sehen wir uns gezwungen, diese Schritte zu gehen, um wieder zu nachverfolgbaren Inzidenzwerten zu kommen.

Wir müssen unser Gesundheitswesen sowie die weiteren kritischen Infrastrukturen schützen. Das System darf nicht zusammenbrechen. Daher teilen wir die Forderung nach der Verkürzung der Quarantänezeiten.

Es gilt aber auch, die Wirtschaft weiter am Laufen zu halten beziehungsweise die kritischen Bereiche mit Wirtschaftshilfen und Überbrückungsprogrammen zu unterstützen. Was deren Verlängerung auf Bundes- wie auch Landesebene bis vorerst Ende März angeht, so klingen die Ankündigungen grundsätzlich erst einmal richtig und für die Antragsberechtigten hoffentlich ein Stück weit beruhigend. Hier in Schleswig-Holstein werden mehrere landeseigene Hilfsprogramme unter guten Abrufzahlen entsprechend verlängert, was absolut richtig ist. Allerdings handelt es sich hierbei vor allem um Darlehens- und Teilnehmungsprogramme, während der Bund vollumfänglichere Zuschussprogramme gewährt. Diese sind natürlich vom Grundsatz her attraktiver, und es bleibt ratsam, als Betroffener in erster Linie die Bundesprogramme zu prüfen. Allerdings muss der Bund nun in der Praxis auch liefern. Die Berechtigten müssen die Gelder schnell und verlässlich abrufen können und ausgezahlt bekommen.

Zugesagt und aufgelegt wurden innerhalb der letzten zwei Jahre viele Programme mit einem Gesamtumfang in Milliardenhöhe, aber es gab jeweils auch viele Anlaufschwierigkeiten, bürokratische Hürden und komplexe Berechtigungsanforderungen. Insgesamt hat sich bei den Hilfsprogrammen inzwischen hoffentlich ein gut funktionierender Mechanismus eingespielt, der einerseits Betrugsversuche identifiziert und nachverfolgt sowie andererseits und in der Hauptsache den berechtigten Unternehmen weiterhin schnelle und verlässliche Hilfszahlungen zukommen lässt.

Denn hier geht es nicht nur um Wirtschaftskraft der bei uns ansässigen Unternehmen, sondern es geht weiterhin ganz konkret um deren Existenz und damit auch um die Existenz Tausender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wieder in Kurzarbeit zu gehen drohen oder denen sogar der Jobverlust droht. Hier braucht es schnelle und verlässliche Unterstützung und Perspektiven.

(Beifall SSW)

Insgesamt müssen wir nicht nur an das System als solches, sondern vor allem auch konkret an die Menschen denken, die hinter den Strukturen stehen und diese erst ermöglichen und aufrechterhalten. In Bars, Kinos, Diskos, Gastronomiebetrieben arbeiten insbesondere Menschen aus dem Niedriglohnssektor, häufig in nicht sozialversicherungspflichtigen Jobs. Insbesondere diese Menschen müssen nun abermals um ihre Jobs und ihre Existenzen fürchten. Dies müssen wir bei allen Maßnahmen stets bedenken und entsprechend berücksichtigen.

Für uns als SSW ist es auch in dieser Situation wichtig, nicht nur auf die Strukturen zu schauen, sondern ganz konkret auch darauf, was die Infektionslage und die damit begründeten Einschränkungen für die Menschen vor Ort bedeuten. Gerade deshalb stehe ich dahinter, dass die Schulen offengehalten werden, solange es irgendwie verantwortbar ist.

Wir haben bei aller Vorsicht und allen Schutzmaßnahmen von der großen Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler und ihren Vertretungen immer wieder zurückgemeldet bekommen, wie wichtig es für sie ist, dass sie die Möglichkeit behalten, in die Schulen zu gehen. Aufgabe der Politik ist es, dafür zu sorgen, dass sie sich dort sicher fühlen können. Deswegen sind Schutzmaßnahmen wie die Ausweitung und Erhöhung der Testfrequenz, Kohortenregelungen an Grundschulen und Förderzentren, Beschränkungen im Sport- und Musikunterricht und eine generelle Maskenpflicht, auch wenn sie eini-

(Jette Waldinger-Thiering)

gen lästig erscheinen mögen, an dieser Stelle absolut richtig.

Dabei muss natürlich immer wieder aktuell auf die Lage reagiert werden können. Die Auflagen, in den Distanz- und Hybridunterricht zu wechseln, dürfen nicht so hoch sein, dass er praktisch nie stattfinden kann. Es sollte daher nicht ausgeschlossen sein, dass der Kriterienkatalog hierfür noch einmal angepasst wird.

Klar ist auch, dass die Situation an den Hochschulen noch nicht zufriedenstellend geklärt ist. Wir wissen schon von mindestens einer Universität, die - selbst - in den Distanzunterricht gegangen ist. Rahmenbedingungen wie BAföG-Regelungen, Freisemester - dass Sie das vorhin angesprochen haben, finde ich gut, Kollege Christopher Vogt -, Prüfungsvariabilitäten müssen im Sinne der Studierenden hieran angepasst werden.

Es wird auch in Zukunft darum gehen müssen, wie wir mit Corona leben. Da liegt es für uns nahe, auch einmal auf den Umgang mit der Pandemie in Dänemark zu schauen.

In Dänemark gibt es eine Erstimpfquote von 83 %. Es gibt dort jedoch auch eine Siebentageinzidenz von über 2.000. Wir können daran sehen, wie schwer es ist, bei dieser Variante die enorm hohe Infektionsrate zu senken. Aber - das lässt weltweit gerade vorsichtige Hoffnung aufkommen - die Hospitalisierungsraten sind nicht entsprechend angestiegen. Auch hier lässt sich feststellen, dass Impfungen mit hoher Sicherheit vor schweren Verläufen schützen.

Deshalb möchte ich abschließend noch einmal an Sie alle appellieren: Nur die Impfung bringt uns aus der Pandemie. Schützen Sie sich und andere, und lassen Sie sich impfen. Damit entlasten wir nicht nur das Gesundheitssystem. Daher gilt mein besonderer Dank all jenen, die unter großen Anstrengungen seit nunmehr knapp zwei Jahren im Medizin- und Pflegebereich unermüdlich dafür gekämpft haben und Übermenschliches geleistet haben, damit das System nicht zusammenbricht. Testen und Impfen, das ist der Weg aus der Pandemie. Nur so entlasten wir das System, schaffen Sicherheit und gewinnen letztendlich auch unsere Freiheiten zurück.

Ich glaube, diese Sondersitzung heute zeigt uns noch einmal ganz deutlich, dass nicht nur die Menschen durch Corona müde sind, sondern dass auch wir, die wir hier sitzen, anfangen, durch Corona ein bisschen müde zu werden. Egal, was man macht, man hat das Gefühl, am nächsten Tag ist alles doch wieder ganz anders. Aber ich finde, das ist unsere

Aufgabe. Wenn wir gemeinsam kluge Beschlüsse fassen, dann tragen wir gemeinsam dafür Sorge, dass die Menschen in Schleswig-Holstein, im Rest der Republik und in den Nachbarländern wieder eine Perspektive kriegen, denn Corona wird das zweite Grippevirus werden, mit dem wir leben müssen. Ich glaube, wir alle müssen alles daransetzen, gemeinsam wieder ein bisschen Optimismus zu verprühen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Doch, Christopher, das brauchen wir. Ich glaube, das wird von uns erwartet. Wir wissen: Wir wollen keinen weiteren Lockdown. Wir wollen so viel wie möglich aufrechterhalten können.

Wir sprechen immer wieder von unseren Kindern und von den jungen Menschen, die es wirklich verdient haben, jetzt wieder ein normales Leben führen zu können. Meine allergrößte Sorge ist: Wir dürfen keinen Kranken oder jemanden im Pflegeheim, der vielleicht so krank ist, dass er im Sterben liegt, alleinlassen, sodass er allein sterben muss, ohne Familie und Angehörige.

Das sind Lehren, die wir aus der Pandemie und den letzten zwei Jahren ziehen müssen. Sehr geehrte Damen und Herren, ich finde, nichtsdestotrotz sind wir ein gutes Parlament, denn wir kommen auch zu einer Sondersitzung zusammen. Wir sagen nicht: Wir haben ja nur eine Woche eingeplant. Wir machen das. Das ist der Unterschied zu vielen anderen Parlamenten. Wir schnacken manchmal nicht ganz so viel, sondern wir handeln eher. Und ich glaube, das ist jetzt auch angezeigt.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den Zusammenschluss der AfD-Abgeordneten hat der Abgeordnete Claus Schaffer im Konferenzsaal. - Bei mir stand Claus Schaffer. Pardon, dann ist das Herr Nobis. Herr Nobis, Sie haben das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

(Wortbeitrag aus dem Konferenzsaal)

Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Unruhe)

Sie wollen heute der Landesregierung einen Blankoscheck ausstellen. Sie wollen keine konkreten Maßnahmen beschließen oder bestätigen, sondern

(Jörg Nobis)

vielmehr die Regierung ermächtigen, sich aus dem Werkzeugkasten des Infektionsschutzgesetzes fast ganz nach Belieben zu bedienen. Sie wollen Diskotheken schließen und die gebeutelte Gastronomie mit einer Sperrstunde belegen.

Die epidemische Lage von nationaler Tragweite ist seit dem 25. November 2021 Geschichte. Der Deutsche Bundestag hat das Fortbestehen der Lage ganz bewusst nicht beschlossen. Seitdem sind nunmehr die Länder selbst dafür verantwortlich, die Lage bei sich zu bewerten. Wie schlimm ist also die Corona-situation aktuell in Schleswig-Holstein?

(Anhaltende Unruhe)

Omikron hat das Infektionsgeschehen übernommen und ist spätestens seit dem Jahreswechsel bundesweit die vorherrschende Variante, im Übrigen in vielen anderen europäischen Staaten auch. Damit einher geht ein starker Anstieg der Infektionszahlen, entsprechend natürlich auch der von Ihnen zum Maßstab aller Dinge erklärten Siebentageinzidenz. Nicht im gleichen Maße angestiegen sind in den vergangenen Wochen hingegen die übrigen Parameter. Das DIVI Intensivregister weist für ganz Norddeutschland seit Anfang Dezember eine sinkende Anzahl an Intensivpatienten aus. Für Schleswig-Holstein ist die Zahl seit dem 1. Dezember 2021 stabil geblieben. Aber sie verbleibt auf dem niedrigsten Stand aller Nordländer, auch das muss man erwähnen.

Die Hospitalisierungsrate ist etwas gestiegen, ja, aber auch sie bewegt sich deutlich unter dem, was bei dem Infektionsgeschehen bei bisherigen Coronavarianten zu erwarten gewesen wäre. Es zeigt sich also, was auch aus anderen Ländern schon bekannt ist: Ja, Omikron führt zu mehr Ansteckungen, aber zu weniger Hospitalisierungen.

Gleichzeitig ist ein Grund für das Ansteckungs-geschehen gerade auch in Clubs und Diskotheken im Land, dass die aktuell verfügbaren Impfstoffe ganz offensichtlich gegen Omikron nicht so wirksam sind wie bei früheren Varianten. Meine Damen und Herren, Sie stellen in Ihrer Antragsbegründung selbst fest, Omikron zeichne sich durch ein - ich zitiere - „Unterlaufen eines bestehenden Immun-schutzes aus“.

Auch Geimpfte und Genesene werden durch Omikron deutlich stärker in das Infektionsgeschehen einbezogen. Damit zeigt sich jetzt ganz deutlich: Mit 2 G und sogar mit 2 G Plus kann nur eine trügerische Scheinsicherheit erreicht werden. Auf diesen Umstand haben wir hier im Haus schon mehrfach hingewiesen, aber das hat Sie bislang nicht in-

teressiert. Und ganz am Rande sei erwähnt: Eine Impfpflicht lässt sich unter diesen Vorzeichen in keiner Weise rechtfertigen - nicht für die Allgemeinheit, Herr Garg, und auch nicht für einzelne Berufsgruppen. Dazu haben wir heute einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Doch was sind denn dann die richtigen Maßnahmen im dritten Coronajahr? Was ist heute gegebenenfalls anders als noch vor einem oder zwei Jahren? Stark steigende Inzidenzen, die kaum noch eine Aussagekraft haben, Hospitalisierungen, die nicht im Ansatz im gleichen Umfang steigen. Die Nachverfolgung wird in einigen Kreisen bereits aufgegeben. Mit anderen Worten: Corona wird uns erhalten bleiben, aber voraussichtlich weniger gefährlich sein. Wir befinden uns derzeit im Übergang von einer Pandemie zu einer endemischen Lage. Diese Auffassung wird so auch von immer mehr Wissenschaftlern vertreten. Doch was heißt das?

Sie, meine Damen und Herren, müssen endlich rauskommen aus dem Panikmodus. Legen Sie doch einmal etwas Schweizer Gelassenheit an den Tag. Dort liegt die Inzidenz bei fast 1.730, Stand 8. Januar. Trotzdem ergreift die Regierung dort keine neuen Maßnahmen. Machen Sie doch bitte das, was wir seit fast zwei Jahren fordern: Schützen Sie die vulnerablen Gruppen, aber nehmen Sie nicht die ganze Gesellschaft in Geiselnhaft! Ihr dauerhafter Alarmzustand ist ermüdend.

(Zuruf: Ihre Reden auch!)

Lassen Sie den Menschen ihre Existenzgrundlagen, hören Sie endlich auf damit, die Gesellschaft in Geimpfte und Ungeimpfte zu spalten! Vertrauen Sie stattdessen den Menschen in Schleswig-Holstein! Trauen Sie den Menschen Eigenverantwortung zu! Wir stehen für Ihre Panikpolitik nicht zur Verfügung.

(Unruhe und Zurufe SPD)

Wir lehnen die Ausstellung eines Blankoschecks für die Landesregierung ab. Wir werden Ihrem Antrag nicht zustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Nun hat der fraktionslose Abgeordnete Dr. Frank Brodehl das Wort.

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

(Wortbeitrag aus dem Konferenzsaal)

(Dr. Frank Brodehl)

Sehr geehrter Herr Präsident, schön, dass Sie wieder unter uns sind! Sehr geehrte Damen und Herren! Die gleichen Parteien, die im Bundestag vor sieben Wochen dafür gestimmt haben, dass die Feststellung der epidemischen Lage ausläuft - FDP und Grüne -, beantragen heute, dass für Schleswig-Holstein genau das Gegenteil festgestellt werden soll, dass wir auch weiterhin Personenobergrenzen brauchen und auch weiter Kontaktbeschränkungen im öffentlichen und auch im privaten Raum brauchen, um - - ja, um was eigentlich?

Um vulnerable Gruppen zu schützen? - Mit diesen Maßnahmen hat das in der Vergangenheit schon schlicht nur unmenschlich geklappt, wenn überhaupt. Um Corona zu besiegen? - Das ist reines Wunschdenken. Um die Kontrolle über das Infektionsgeschehen zu behalten? - Inzwischen aussichtslos. Um mehr Druck auf Ungeimpfte auszuüben? - Behandeln Sie Ungeimpfte nicht wie unmündige Kinder! Um die Impfquote zu erhöhen? - Spalten Sie die Gesellschaft nicht weiter, indem Sie Ungeimpfte zu Sündenböcken machen! Um das Gesundheitssystem nicht zu überlasten? - Ja, das wird seit zwei Jahren immer mal wiederholt. Aber a) war das Gesundheitssystem laut Wissenschaftlichem Dienst des Bundestages zu keinem Zeitpunkt in Gefahr, durch Corona überlastet zu werden, und b) kann davon angesichts einer Hospitalisierungsrate von unter 3 - Stand heute Mittag: 2,9 in Schleswig-Holstein - auch heute keine Rede sein.

Wenn Sie aber weiter die Grundrechte der Bevölkerung einschränken wollen, dann sollten Sie wenigstens klare, differenzierte Ziele formulieren. Angesichts der Tatsache, dass sich das Impfen als einziger Weg aus der Pandemie inzwischen als Sackgasse erwiesen hat, trifft diese Forderung auch die Landesregierung: Omikron spricht zwar kaum auf die Impfung an - das ist die Erklärung für die steigenden Inzidenzzahlen -, aber Sie verkaufen weiterhin die Botschaft: Die dritte Dosis schützt. - Herr Lauterbach ist bei der vierten Dosis, und Herr Wieler preist allen Ernstes die sechste Dosis und das Impfabo an.

Mehr Realitätsverweigerung ist kaum vorstellbar - mehr Weltfremdheit übrigens auch nicht, was ich Ihnen einmal mit der Beschreibung von unter anderem drei Gruppen in der Bevölkerung verdeutlichen möchte: Viele doppelt Geimpfte und Geboosterte wännen sich weiterhin in Scheinsicherheit und haben das Virus in den letzten Wochen dank der unsäglichen 2-G-Regel ungewollt weiter und weiter verbreitet.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Andere sind weiterhin - nunmehr seit fast zwei Jahren - in ihrer Angst gefangen und führen ein isoliertes, ein eingeschüchtertes Leben. Und wieder ganz andere suchen inzwischen ganz gezielt sogenannte Leprapartys auf, um sich anzustecken und dann als genesen zu gelten. Sie setzen darauf, dass Omikron als relativ milde Variante gut zu überstehen ist. Ich empfehle das ausdrücklich nicht, komme aber gleich noch einmal darauf zurück. Diese drei Gruppen verbindet eines: Sie hoffen darauf, dass all dies bald endlich vorbei sein wird.

Noch vor drei Wochen wurde von dieser Stelle aus betont, dass die niedrigen Inzidenzwerte in Schleswig-Holstein auf unsere sehr hohe Impfquote und die Coronamaßnahmen zurückzuführen seien. Heute hat Schleswig-Holstein von allen Flächenländern die höchste Inzidenz. Aber auch wenn das natürlich erst einmal auslöst, vorsichtshalber dem Motto „Better safe than sorry“ zu folgen, ist es noch immer kein Freibrief für eine Endlosschleife der Grundrechtseinschränkungen. Es ist auch kein Freibrief dafür, hier eine neue Normalität mit zwei jährlichen Impfungen und FFP2-Masken auszurufen. Es sollte also vielmehr darum gehen, einen offenen Diskurs darüber zu führen, wie wir aus dem Maßnahmenkarussell wieder aussteigen können und wie wir lernen, mit dem Virus zu leben, denn alles andere wird ohnehin nicht gehen.

Vielleicht spazieren Sie dazu ab heute Abend 18 Uhr einmal zum Rathaus Ihres Heimatortes. Sie werden sich wundern, Frau von Kalben, wen Sie dort alles treffen. Vielleicht wird es Sie sogar freuen, dass dort zwar physische Distanz, aber eben kein Social Distancing, sondern ein Miteinander herrscht und dass dort keine Trübsal herrscht, sondern Zuversicht, und dies auch begründet. Denn es spricht einiges dafür - es klang schon an -, dass schon in naher Zukunft alle Menschen Antikörper gegen Covid-19 entwickelt haben werden - Omikron sei Dank.

In diesem Zusammenhang: Sicher hilft hier der Blick nach Dänemark. Dort geht man inzwischen davon aus, dass sich die ganze Sache in zwei Monaten erledigt haben wird - und das übrigens ohne Impfdruck, ohne Masken in den Schulen und ohne immer wieder neue Maßnahmen.

(Zuruf Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe)

Sie können hier natürlich weiter Anträge auf immer neue Coronamaßnahmen stellen. Ich sage Ihnen: Ich meine, dass die Bevölkerung hier längst weiter ist. Sie macht sich Gedanken darüber, wie die Kol-

(Dr. Frank Brodehl)

lateralschäden, die nicht Corona, sondern vor allem die Coronamaßnahmen verursacht haben, beseitigt und überwunden werden können. Und ich meine, genau das sollten wir auch tun.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Bevölkerung?)

Ich wünsche Ihnen ein gutes neues Jahr 2022. - Vielen Dank.

(Zuruf SPD: Ho, ho, ho!)

Präsident Klaus Schlie:

Demonstrationen werden im Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland angemeldet und nicht vom Katheder des Landtags aus verkündet. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Zuerst zum Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3536 (neu).

(Der Präsident berät sich mit den Schriftführern)

Das habe ich jetzt nicht wahrgenommen. - Dann ist natürlich erst der Abgeordnete Schaffer mit seinem Dreiminutenbeitrag dran. Bitte, Herr Schaffer, Sie haben das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

(Wortbeitrag aus dem Konferenzsaal)

Vielen Dank, Herr Präsident! Eine kurze Anmerkung noch: Auch nicht angemeldete Demonstrationen und Versammlungen können sich trotzdem des rechtsstaatlichen Schutzes versehen. Das aber nur am Rande.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir von der AfD stellen uns klar gegen eine allgemeine Impfpflicht, und wir wollen auch keine einrichtungsbezogene oder eine wie auch immer geartete partielle Impfpflicht. Die Impfentscheidung in diesem Land muss eine freie Entscheidung sein, die von jedem Einzelnen ohne Druck und ohne die Anreize der Wiedererlangung von Grund- und Freiheitsrechten zu treffen ist.

Grund- und Freiheitsrechte werden nicht als Privilegien erimpft, meine Damen und Herren. Das muss in diesem Haus Konsens sein, auch wenn wir uns auf drei Säle aufteilen. Denn wenn es das nicht ist - wenn das nicht Konsens ist -, dann verläuft hier in

der Tat eine rote Linie zwischen echten Demokraten und denen, die sich stets nur so nennen.

Vor knapp einem Jahr habe ich im Plenarsaal erklärt, dass Impfungen keinen signifikanten Beitrag zur Infektionseindämmung leisten können. Ich habe recht behalten, denn aktuell können wir genau das in der offensichtlichen Korrelation zwischen hohen Impfquoten und entsprechenden Omikron-Infektionszahlen europaweit und auch hierzulande beobachten. Gerade die Omikronvariante ist es, die Ihren Impfwerbefeldzug geradezu pulverisiert.

Sie wissen nicht, wann eine auf Omikron abgestimmte Impfung zugelassen sein wird. Für Delta wirkt die gegenwärtig nur bedingt zugelassene Impfung schlechter als ursprünglich behauptet. Bei der nun dominierenden Omikronvariante bleibt es, wenn überhaupt, nur noch bei einer Restwirkung. Sie wissen auch nicht, wie viele Impfdosen oder Auffrischungsimpfungen - Booster - notwendig sein werden: zwei, drei, vier, fünf? Wir hörten selbst aus Ihren Reihen heute schon unterschiedliche Zahlen.

Wir wissen auch nicht, ob irgendwann einmal ein vollständiger Impfschutz erreicht sein wird und wie lange dieser dann Bestand haben wird. Sie können auch die Effizienz einer solchen geplanten Impfpflicht überhaupt nicht prognostizieren - genau das hat auch der Virologe Klaus Stöhr heute in der Presse öffentlich festgestellt. Auch die Hinweise der Wissenschaft, wonach Impfungen wahrscheinlich schon im Frühjahr in der breiten Bevölkerung gar nicht mehr erforderlich sein werden, weil die Populationsimmunität höher ist und der Infektionsdruck nachlässt, schlagen doch in dieselbe Kerbe.

Zusammengefasst bleibt die Erkenntnis, dass wir aktuell eben nicht über einen Impfstoff verfügen, der im Infektionsgeschehen die Bezeichnung Impfstoff überhaupt zu Recht trägt. Wir stehen doch vor der Situation, dass eine breite, eine erzwungene Impfung auch gar nicht mehr notwendig sein wird - nicht einmal in bestimmten Berufsbereichen.

Unter diesen Voraussetzungen ist eine Impfpflicht auch verfassungsrechtlich nicht zu begründen. Noch einmal: Eine Impfpflicht ist gegenwärtig verfassungsrechtlich nicht zu begründen - falls der Begriff verfassungsrechtlich für Sie noch eine Bedeutung haben sollte. Wir lehnen die Impfpflicht - partiell, einrichtungsbezogen - ab, und wir laden Sie mit unserem Antrag dazu ein, es uns gleichzutun. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Klaus Schlie:

Ich frage vorsichtshalber noch einmal in die Runde: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, dass das nicht der Fall ist. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen, wie gesagt, jetzt zur Abstimmung, nämlich zuerst über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3536 (neu). Wir stimmen in der Sache ab. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen der FDP und der CDU - hier und in allen anderen Räumen. Wer ist dagegen?

(Präsident und Schriftführer beraten sich)

- Dagegen sind die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD, die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Will sich jemand enthalten? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung zu c), Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD. Es ist beantragt worden, über diesen Antrag, Drucksache 19/3537, in der Sache abzustimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Präsident und Schriftführer beraten sich)

Für den Antrag haben gestimmt die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD, die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten des Hauses. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung zu d), Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3539. Ich weise darauf hin, dass für die Annahme des Antrags gemäß § 35 a Landeswahlgesetz Schleswig-Holstein die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags, also 49 Abgeordnete, erforderlich ist.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die anwesenden Abgeordneten der SPD-Fraktion, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Abgeordneten der Fraktion der FDP und der CDU und - -

(Schriftführer Peer Knöfler: Jetzt hat er sie wieder runtergenommen! Nobis hat eben die Hand oben gehabt!)

- Ja, ich glaube, das war eine Irritation. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD, die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer enthält sich?

(Schriftführer Peer Knöfler: Nee, Herr Brodehl enthält sich!)

- Entschuldigung, dann ist es folgendermaßen: Dagegen haben gestimmt die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein, und der Abgeordnete Dr. Brodehl enthält sich. Ist das korrekt? - Kein Widerspruch. Dann frage ich meine Kollegen Schriftführer hier oben, ob wir die 49 Abgeordneten erreicht haben?

(Schriftführer Peer Knöfler: Ja!)

Die 49 Abgeordneten sind erreicht. Somit ist der Antrag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung zu e), Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/3540. Ich frage, wer für diesen Antrag stimmt. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU. Weiterhin sind es die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD, die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein und der Abgeordnete Dr. Brodehl.

(Präsident und Schriftführer beraten sich)

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung zu f), Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3542 (neu). Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Abgeordneten der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD, die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir befinden uns dann am Schluss der heutigen Tagung. Ich darf mich noch einmal ganz herzlich bei Ihnen be-

(Präsident Klaus Schlie)

danken, auch für die Art und Weise, wie wir diese Sitzung haben durchführen können.

Ich gebe bekannt, dass die 56. Tagung des Landtags am Mittwoch, dem 26. Januar 2022, um 10 Uhr beginnt. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg. Bleiben Sie gesund!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:55 Uhr